



## Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 18. März 2026, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Zaira Esposito (SP), Melanie Eberhard (SP), Sandra Bothe-Wenk (GLP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

35.	Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen, Stellungnahme des RR .....	3
36.	Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule, Schreiben des RR.....	7
37.	Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger, Stellungnahme des RR .....	9
38.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde, Schreiben des RR.....	12
39.	Anzug Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen, Schreiben des RR.....	12
40.	Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal, Schreiben des RR.....	17
41.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birköpfli - Lehenmatt, Schreiben des RR .....	18
42.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR .....	20
43.	Anzug der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Bahn-Anbindung der St. Jakobshalle bei Grossanlässen, Schreiben des RR .....	22
44.	Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlhofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt, Schreiben des RR .....	22
45.	Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Bericht des RR.....	23
46.	Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Zwischenbericht des RR.....	25
47.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR .....	26
48.	Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR.....	27
49.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR .....	27
50.	Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, Zwischenbericht des RR .....	28
51.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie, Schreiben des RR .....	29
52.	Motion Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Stellungnahme des RR.....	33
53.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen, Schreiben des RR.....	34



54.	Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es, Schreiben des RR .....	34
55.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität, Schreiben des RR.....	35
56.	Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR .....	35
57.	Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028, Schreiben des RR .....	35
58.	Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons, Schreiben des RR .....	36
59.	Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen, Schreiben des RR .....	37
60.	Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer, Stellungnahme des RR.....	38



## Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 18. März 2026, 15:00 Uhr

### 35. Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen, Stellungnahme des RR

[18.03.26 15:00:11, 25.5298.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Nachmittagssitzung.

Wir fahren fort mit Traktandum 35. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die vorliegende Motion nicht zu überweisen, denn im Kanton Basel-Stadt entstehen keine Zahlungslücken für Stipendiatinnen und Stipendiaten. Vorauszahlungen sind also weder notwendig noch praktikabel. Sie würden den administrativen Aufwand vervielfachen und falsche Anreize setzen. Unser Stipendiensystem unterscheidet sich von anderen kantonalen Lösungen. In Basel-Stadt zahlt das Amt für Ausbildungsbeiträge die erste Tranche bereits vor Beginn der Ausbildung aus. So stehen die nötigen Mittel in der Regel schon zur Verfügung, wenn die hohen Anfangskosten anfallen. Auch später entstehen keine Zahlungslücken, da die Stipendiatinnen und Stipendiaten frühzeitig aufgefordert werden, ihr Gesuch zu erneuern.

Verzögerungen in den Antragsbehandlungen können entstehen, wenn Unterlagen für den rechtskonformen Abschluss eines Stipendienantrags fehlen. Dies kommt durchaus vor, ist aber die Ausnahme. Fehlen Unterlagen von Dritten, nimmt das Amt bereits heute wo immer möglich Einsicht in die kantonalen Register. Sind die nötigen Informationen auf diese Weise nicht zu beschaffen, etwa weil sie in den anderen Kantonen oder im Ausland liegen, kann die vom Regierungsrat eingesetzte Kommission für Ausbildungsbeiträge einen Härtefallentscheid treffen. Bei Zeitdruck kann das sogar in Zirkularverfahren oder per Präsidialentscheid geschehen, damit die Auszahlung rechtzeitig erfolgt. Damit erübrigt sich die Diskussion um Vorauszahlungen in Fällen, wo Informationen zu einem Stipendiengesuch unverschuldet fehlen. Fehlen Informationen, die die Stipendiatin oder der Stipendiat selbst beschaffen kann, würden Vorauszahlungen einen falschen Anreiz setzen. Die Rückförderung von zu viel ausbezahlten Stipendiengeldern würde in einem Vorschussystem zudem extrem teuer, personalintensiv und ineffizient. Sichergestellt allerdings ist, dass sogar im Fall einer selbstverschuldeten Verzögerung die Betroffenen Sozialhilfe beziehen können. Sie sind nicht auf private Kredite, übermässige Erwerbsarbeit oder das Hinauszögern von Stipendienplänen gezwungen, wie es im Motionstext steht.

Der Regierungsrat hält unser kantonales Stipendienwesen für leistungsfähig und effizient. Es ist also ausgestaltet, dass es gerade nicht zu automatischen Ablehnungen oder verspäteten Auszahlungsentscheiden kommt. Das Amt für Ausbildungsbeiträge unternimmt zudem kontinuierlich Anstrengungen, die Stipendienadministration zu vereinfachen und die Bearbeitungszeiten zu kürzen. So wird der Prozess aktuell vollständig digitalisiert und mit anderen kantonalen Abläufen vernetzt.

Wir bitten Sie aus diesen Gründen, diese Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Ich werde mich in meinem Votum nun zu dieser und auch gerade noch zur übernächsten Motion äussern, beide betreffend das kantonale Stipendienwesen. Wir von BastA unterstützen beide Anliegen und wollen beide erneut als Motion überweisen. Wir sind überzeugt, dass wir grundsätzlich bei der Gewährung von Stipendien und auch in der Abstimmung zwischen den Ämtern, besonders zwischen dem Amt für Ausbildungsbeiträge und der Sozialhilfe uns noch verbessern können. Aber, da gebe ich Regierungsrat Atici recht, es ist nicht alles schlecht, aber da gibt es doch noch genügend Luft nach oben.



Wir nehmen beide Motionen auch als Anlass, dass der Regierungsrat einerseits das Gewünschte der Motionen umsetzt, dort, wo es möglich ist, und andererseits die Gelegenheit nutzt, eine Harmonisierung der Bestimmungen und eine Optimierung der internen Abläufe voranzubringen. Denn da gäbe es durchaus noch Verbesserungen. Wie gesagt, in meinem beruflichen Alltag erlebe ich grosse Herausforderungen in der Begleitung von jungen Erwachsenen, besonders auch in der Sicherstellung der finanziellen Unterstützung. Da holpert es regelmässig und erfordert einen hohen administrativen Aufwand, der nicht nur die jungen Erwachsenen überfordert, sondern teilweise auch die Mitarbeitenden auf den Beratungsstellen und den zuständigen Ämtern. Ohne Unterstützung von Angehörigen oder halt eben von sozialen Einrichtungen kommt man kaum durch diesen administrativen Dschungel.

Die Forderung der Motion Furlano, dass Erstanträge prioritär behandelt werden sollen, finden wir wichtig. Dies garantiert die finanzielle Sicherheit und dies ist besonders bei jungen Erwachsenen, die sich durch Ausbildung gerade eben von der Sozialhilfe ablösen können, entscheidend. Denn wenn es hier zu Lücken kommt, aus welchen Gründen auch immer, besteht das Risiko, sich zu verschulden. Dies müsste nicht sein, wären die Abläufe unkomplizierter und weniger bürokratisch. Dass bei bestehenden Stipendien nach einer Vorprüfung bereits bewilligte Unterstützungsleistungen, also es wurde schon mal geprüft, als Vorschüsse ausbezahlt werden können, um Unterstützungslücken zu vermeiden, sehen wir ebenfalls als praktikabel an, um rasch und unkompliziert reagieren zu können.

In der Beantwortung der Regierung wird so oft, wenn es um Ansprüche für Unterstützungsleistungen geht, als allumfassende Lösung neu die Digitalisierung präsentiert. «eSozial» als die Lösung zu präsentieren, ist meines Erachtens aber eher ein wenig realitätsfern. Viele junge Menschen sind überfordert, nicht weil sie keine Ahnung hätten mit digitalen Prozessen, sondern weil sie Unterstützung brauchen, um im behördlichen Dschungel, das ist halt einfach ein bisschen komplex hier in unserer Stadt, der Zuständigkeiten und Ansprüchen sich zurechtzufinden. Wer das bezweifelt, darf sich gerne bei der Jugendberatungsstelle der JuAr erkundigen. Die Regierung schreibt ja selber in der Motionsantwort, dass es weitere Verbesserungen braucht, um die Effizienz zu steigern oder unnötige hohe Schwellen zu reduzieren. Also da ist man ja schon dran. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, dass Sie die Motion ganz ablehnen. Als Grund die teilweise rechtliche Unzulässigkeit zu nennen, erscheint mir dann dabei sehr formalistisch und dies hätte zumindest aus meinem Erachten in einen Anzug dann enden müssen.

Nun noch zur Motion von Frau von Falkenstein. Sie fordert eine Erhöhung des Freibetrags bei Stipendienbezüger\*innen. Dies erachten wir auch als sehr sinnvoll. Eine Erhöhung von Freibeträgen reduziert den finanziellen Druck auf Studierende, die neben dem Studium einer Arbeit nachgehen müssen. Nicht alle stammen aus einer Herkunftsfamilie, die ein Studium einfach so mitfinanzieren können oder stehen aus anderen Gründen eh schon seit längerem auf eigenen Füßen. Zudem müsste es langsam bekannt sein, dass mit 25 Jahren Ausbildungen selten beendet sind und so die elterliche Pflicht der Erstausbildung gar nicht mehr gegeben ist. Alles wird teurer und somit ist es nicht anders als logisch, dass der Freibetrag beim Stipendienwesen angepasst wird.

Die Antwort der Regierung liest sich zudem so, dass sie das Anliegen eigentlich sehr wohl unterstützt, aber es gerne allgemein anwenden möchte. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, dies können Sie gerne bei der Umsetzung der Motion so anwenden. Dies stärkt zudem auch die finanzielle Situation von Careleavern. Dort besteht auch ein politischer Auftrag, welcher aus meiner Sicht in der Realität bis anhin kaum bzw. sehr ungenügend umgesetzt wurde. Zudem möchte ich Sie daran erinnern, dass wir den Vermögensfreibetrag bei der Sozialhilfe ebenfalls erhöht haben. Auch damals lehnte die Regierung dieses Vorhaben ab, obwohl es einen grossen armutspräventiven Effekt hatte, welcher schlussendlich von der schweizerischen SKOS sogar dann übernommen wurde.

Und jetzt möchte ich noch der Liberal-Demokratischen Fraktion etwas ans Herz legen. Ich schätze Ihr Engagement für unkomplizierte Unterstützung von jungen Personen in der Berufsbildung sehr, deshalb unterstützen wir auch beide Motionen, ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn Sie zukünftig auch Vorstösse, die eine Verbesserung der sozialen Ausgangslage für Armutsbetroffene fordern oder bei der Umsetzung von Ergänzungsleistungen für Familien, dies dann in Zukunft ebenfalls unterstützen würden. Schliesslich hat Ihre ehemalige Parteipräsidentin während der diesjährigen Armutstagung der Caritas klar zum Ausdruck gebracht, dass Armut ein Problem darstellt, dem ernsthafter begegnet werden muss in Zukunft und deswegen lege ich Ihnen das noch ans Herz.

Besten Dank für die Zweitüberweisung der beiden Vorstösse als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich spreche auch zu beiden Motionen. Basel-Stadt zahlt die Stipendien anders als in anderen Kantonen. Das beschreibt der Regierungsrat ja auch in seiner Stellungnahme. Das heisst, dass die meisten Stipendienbezüger\*innen das Geld bereits vor Studienbeginn erhalten. Dadurch ist eine Vorauszahlung nicht angebracht. Natürlich, es könnte Fälle geben, wo das nicht funktioniert. Vielleicht haben sie die Unterlagen nicht rechtzeitig eingegeben



oder die Eltern unterstützen sie hier nicht. Das kann zu Härtefällen führen, ja. Wie der Regierungsrat mit diesen Härtefällen umgeht, mit der Regelung, das geht aus der Stellungnahme nicht wirklich hervor, da gebe ich Ihnen recht.

Wegen dieses Punktes unterstützen wir, dass das Anliegen weitergebracht wird, und dafür plädieren wir, dass aus der Motion ein Anzug gemacht wird und wir das weiterhin als Anzug behandeln. Damit kann der Regierungsrat eine Härtefallregelung erarbeiten und falls es das bereits gibt, dann auch darüber berichten. Zudem kann der Regierungsrat dann in zwei Jahren darüber berichten, welche Wirkung mit den beiden erwähnten Massnahmen zur Prozessvereinfachung erzielt worden sind. Unser Stipendienwesen funktioniert recht gut. Die Gefahr, dass der Prozess verkompliziert wird und dass es zu mehr administrativem Aufwand kommt, wollen wir nicht riskieren.

Zur Motion von Falkenstein. Ich kann verstehen, dass die Motionärin findet, die Regierung gehe wenig auf ihre Argumente ein in der Motion. Im Bericht anerkennt der Regierungsrat, dass die Höhe des Freibetrags angeschaut werden soll. Die Regierung weist ja in ihrer Stellungnahme auch auf eine Problematik hin, nämlich den Einbezug der Lernenden und nicht nur die Fokussierung auf Studierende, die mitberücksichtigt werden soll. Das kann der Regierungsrat auch als Weiterbehandlung als Anzug machen.

Die Fraktion der SP sieht die Problematik und ist überzeugt, dass die betreffenden Stellen und die Regierung dies auch erkannt hat und handeln wird. Darum plädieren wir, dass beide Motionen Furlano und von Falkenstein weiter als Anzug behandelt werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und möchte die Motion nicht überweisen. Der Regierungsrat legt klar dar, dass er die geforderte Priorisierung bereits durchführt und die Antragstellenden für Stipendien, die es am dringendsten brauchen, prioritär behandelt. Zudem achtet er auch darauf, dass die bemängelten Zahlungslücken nicht entstehen, indem er die bereits erfassten Bezüger vorzeitig mit einem entsprechenden Formular informiert und ihre Unterlagen so nur zu vervollständigen sind und einzureichen sind. Und daher kann einer Verschuldung, wie Herr Bolliger sie aufgeführt hat, eigentlich zuvorkommen werden.

Nun gibt es natürlich sicher einige Verzögerungen, aber Vorschüsse zu gewähren, erscheint uns ein falsches Signal zu sein. Würden Vorschüsse ausbezahlt, die sich später als nicht gerechtfertigt herausstellen, würde eine zu grosse Maschinerie von Verwaltungsaufwand nach sich ziehen, um das zu Unrecht ausbezahlte Geld wieder einzutreiben. Wir haben bei dem Thema Direktabzug der Steuern vom Lohn das überwiegende Argument gehört, dass gerade junge Menschen sich das Geld nicht so einteilen können oder wollen, also keine Rückstellungen bilden und ohne direkten Steuerabzug in eine Schuldenfalle laufen. Genau hier könnte das Gleiche passieren. Wenn Antragstellende Geld vorbeiziehen, könnten sie es im Falle eines ungerechtfertigten Gesuches nicht mehr zurückbezahlen, weil ausgegeben, und würden sich somit ebenfalls verschulden. Dem wollen wir auf keinen Fall Hand bieten.

Zusammengefasst kann mit der Antwort der Regierung festgestellt werden, dass unser Stipendiensystem bereits speditiv unterwegs ist und die geforderten Anpassungen dieser Motion im ganzen Mechanismus hinderlicher sind, als dass sie allen Beteiligten nützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Danke vielmals den Vorrednern und den Vorrednerinnen. Oliver Bolliger hat technisch viel gesagt, hat uns etwas ans Herz gelegt, ich weiss nicht, wie viel ich an mein Herz heranlasse, aber vielleicht ist das etwas, wir werden sehen.

Die vorgeschlagene Lösung der Regierung hingegen, die geht mir einfach viel zu wenig weit. Sie will ausschliesslich, wie ich es richtig verstanden habe, also nicht von Ihnen heute, sondern was Sie geschrieben haben, ausschliesslich auf die Digitalisierung und eine Vereinfachung der Stipendienberechnungen setzen und das ist mir einfach nicht genug, weil wir den tatsächlichen Bedürfnissen der Studenten, Studierenden, Studentinnen gerecht werden müssen. Sogenannte Vorschusszahlungen wären eine dringend benötigte Flexibilität im ganzen Prozess, es wäre eine schnelle Unterstützung für Studierende in einer finanziellen Notlage, wie auch Oliver Bolliger gesagt hat, was eben auch vorkommt. Nicht alle haben ein Zuhause, die sie unterstützen können.

Und mit der jetzigen bürokratischen Hürde oder mit den verschiedenen bürokratischen Hürden, die bestehen, ist das ziemlich schwierig. Und wir wissen das alle, ich muss keine Beispiele nennen, dass die Digitalisierung ganz allein die bestehenden Engpässe in der Stipendienvorgabe nicht löst und eine direkte und schnelle finanzielle Hilfe durch Vorschüsse den



Studierenden Sicherheit und auch Planung ermöglichen kann. Und da bin ich viel weniger skeptisch als meine Kollegin Jenny Schweizer, die hier Bedenken hat, dass das zu einem Schuldenfall führen könnte. Die Beträge sind ja auch nicht so riesig, dass man sich gerade ein Auto davon kaufen kann oder sonst etwas, wo man vielleicht in Versuchung kommt.

Zudem zeigt die Erfahrung, wir haben uns ja auch erkundigt, wie das in anderen Kantonen ist, und schauen Sie einmal ein bisschen rüber, nicht so weit weg im Kanton Aargau funktioniert das wunderbar. Und da muss ich schon sagen, wir hier mit der Alma Mater in unserem Zuhause und die Aargauer sind uns voraus, da habe ich dann schon ein bisschen Mühe.

Darum plädieren wir voll auf die Motion und hoffen, dass wir auch von der SP ein paar überzeugen können, dass wir auf dieser Motion bleiben. Übrigens, Frau Mazzotti, ich komme gar nicht draus, Sie haben gesagt, Sie wollen das gerne als Anzug stehen lassen und dass die Regierung das noch prüft und macht. Das ist ja genau das, was die Motion verlangt. Machen Sie doch die Motion und dann können Sie das erfüllen. Ich komme nicht draus, das müssen Sie mir vielleicht dann noch einmal erklären. Also bitte gerne auf die Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich habe in meinem Votum versucht zu erklären, wo wir im Stipendienwesen stehen. Wir sind schweizweit tatsächlich beispielhaft. Wir gewährleisten auch hohe Stipendienbeiträge. Was wir nicht wollen, wir wollen nicht ohne gute Vorprüfung einfach Gelder verteilen. Diese Vorschüsse, falls es nicht stimmt, nachher zu verlangen, das wird uns dann noch mehr Geld kosten und es wird auch nicht einfach sein. Daher verstehe ich es nicht tatsächlich, warum man hier mit einer Motion will, ohne richtige Überprüfung einfach Gelder zu verteilen. Härtefälle werden ja von der Ausbildungsbeitragskommission genau angeschaut und auch bewilligt. Daher bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen und falls es vor allem im Bereich Härtefälle noch etwas gäbe, dass wir das auch noch genau anschauen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sasha Mazzotti beantragt Überweisung als Anzug. Oliver Bolliger und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008491, 18.03.26 15:20:40]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Wiederholung der Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008493, 18.03.26 15:21:18]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 57 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung sich für eine Umwandlung in einen Anzug entschieden.

Weiterbehandlung als Anzug. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug. NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**82 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008495, 18.03.26 15:22:09]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 82 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung diese Motion als Anzug dem Regierungsrat überwiesen.

## **36. Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:22:21, 21.5424.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Schwimmunterricht gehört in Basel-Stadt zum Sportunterricht und ist obligatorischer Bestandteil des Lehrplans 21. Alle Schülerinnen und Schüler sollen bis zum Ende ihrer Primarschulzeit sicher schwimmen lernen. Damit die Primarschulen diesen Auftrag erfüllen können, müssen genügend Schwimmflächen in der Nähe der Schulstandorte zur Verfügung stehen. Wie in der letzten Anzugsbeantwortung ausgeführt, stehen für den obligatorischen Schwimmunterricht der Primarschulen zehn schuleigene Schwimmhallen zur Verfügung. Diese bieten genug Kapazitäten für den Schwimmunterricht aller Primarschulklassen. Auch die prognostizierte Anzahl Schülerinnen und Schüler bis zum Kalenderjahr 2040/41 kann mit den zur Verfügung stehenden Schwimmflächen abgedeckt werden.

Wie Sie jedoch richtig angemerkt haben, sind diese Schwimmhallen nicht gleichmässig über die Stadt verteilt, was längere Anreisen für einzelne Primarschulstandorte bedeutet. Diese Situation möchten wir verbessern und prüfen aktuell im Rahmen des Ausbaus eines Primarschulstandorts den Bau einer neuen Schwimmhalle. Wir werden dazu bald kommunizieren.

Vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt genug Schwimmflächen für die prognostizierte Anzahl Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen und der Bau bzw. die Nutzung weiterer Schwimmflächen aktuell geprüft werden, bitten wir Sie, den Anzug Stefan Wittlin und Konsorten abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.



*Stefan Wittlin (SP):* Im Namen der SP-Fraktion wie auch der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA beantrage ich, den Anzug betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule erneut stehen zu lassen. Ich möchte mich bedanken beim Regierungsrat für die erneute Berichterstattung und auch Regierungsrat Atici für die mündlichen Erläuterungen heute.

Der Regierungsrat führt in der Beantwortung die Prognosen der Schüler\*innenzahlen bis 2040/41 detailliert aus und kommt zum Schluss, dass auch langfristig genügend Kapazität für den Schwimmunterricht an den Primarschulen vorhanden sei. Dies ändert aber nichts am Problem der zu langen Wege. Vor und nach jeder Schwimmlektion wird wertvolle Zeit für den Weg hin und zurück aufgewendet, die eigentlich für den Unterricht vorgesehen wäre. Besonders gross ist das Problem in den Quartieren im Grossbasel West, wo es nach wie vor nur eine einzige Schwimmhalle gibt, jene der Primarschule St. Johann.

Dieses Problem hat auch der Regierungsrat erkannt. Die in Aussicht gestellten Lösungsansätze sind aber noch sehr vage. Der Regierungsrat erwähnt in einem einzigen Satz, dass derzeit im Rahmen einer Machbarkeitsstudie der Bau eines weiteren Schulschwimmbads geprüft würde. Diese Massnahme ist sehr begrüssenswert. Wir möchten den Regierungsrat bestärken, hier dranzubleiben und die Planung voranzutreiben. Und wir sind bereit, auch grössere Investitionen mitzutragen, um im Grossbasel West zusätzliche Schwimmhallenkapazitäten zu erstellen. Der Regierungsrat stellt auch die bestehende Schwimmhalle des Felix Platter Spitals in den Raum. Als ergänzende Option ist dies prüfenswert, aber das Bad ist sehr klein und darf die Notwendigkeit neuer Infrastruktur nicht in Frage stellen.

Um die Forderung aufrechtzuerhalten, dass im Grossbasel West ein neues Schwimmbad geplant und gebaut wird, bitten wir Sie, heute diesen Anzug nochmals stehen zu lassen. Wir sind gespannt auf die Kommunikation, die uns Herr Atici bereits angekündigt hat, und freuen uns auf die weiteren Schritte.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Es steht in der Antwort, der Regierungsrat hält die An- und Rückfahrt für verhältnismässig. Hält die Regierung es auch für verhältnismässig, dass zwischen 19 bis 38 Lektionen normalen regulären Unterrichts pro Semester ausfallen? Das ED hat die Problematik erkannt, ich hoffe, dass das Finanzdepartement, welches auf dem Reissbrett manchmal Sachen ausrechnet, dies auch erkennt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici. Er verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst Stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008497, 18.03.26 15:28:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 2 Ja-Stimmen gegen 90 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für Stehenlassen entschieden.



### 37. Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger, Stellungnahme des RR

[18.03.26 15:28:40, 25.5299.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen. Es ist mir wichtig, Ihnen die Gründe dafür nochmals darzulegen. Viele der anderen Kantone richten kleinere Stipendien als Basel-Stadt aus und verlangen von den Stipendiatinnen und Stipendiaten eine ergänzende finanzielle Eigenleistung. Bei uns ist dahingehend das Prinzip der Chancengerechtigkeit stärker verankert. In Basel-Stadt wird die Höhe des Stipendiums grundsätzlich so berechnet, dass die Aus- oder Weiterbildung in der für sie vorliegenden Zeit ohne zusätzliche Erwerbsarbeit absolviert werden kann. Das maximale Stipendium ist also vergleichsweise hoch, entsprechend tief ist der Freibetrag angesetzt.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme aber, dass der aktuell gültige Freibetrag von 6'000 Franken im Jahr in gewissen Fällen einschränkend wirken kann. Stipendiatinnen und Stipendiaten sind im aktuellen System bezüglich Studentenort und Wohnort nicht ganz frei. Ebenso gibt es Fälle, in denen Elternbeiträge nicht einbringbar sind. Hier setzt der Freibetrag von 6'000 Franken ebenfalls unerwünschte Hürden. An der Stelle einer pauschalen, deutlichen Anhebung des Freibetrags, wie es die Motion verlangt, schlagen wir vor, die bestehende Freibetragspraxis im Rahmen einer Gesamtüberprüfung zu analysieren. Dies erlaubt es uns, die Wirkung einer Praxisänderung genauer zu analysieren und unerwünschten Folgeeffekten angemessen zu begegnen.

Wir bitten Sie aus diesen Gründen, diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

*Anouk Feurer (GRÜNE/jgb):* Die Fraktion GRÜNE/jgb begrüsst, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf bei den Freibeträgen der Stipendienbezüger\*innen anerkennt. Die Analyse der Regierung bestätigt eigentlich genau unsere Punkte, wir haben es gerade gehört, das aktuelle System schränkt die Wohnform ein und behindert die Kompensation fehlender Elternbeiträge.

Gerade deshalb bleiben wir aber dabei. Wir wollen dieses Anliegen als verbindliche Motion überweisen. Die Gründe liegen auf der Hand. Der aktuelle Freibetrag von 6'000 Franken pro Jahr ist schlicht aus der Zeit gefallen. Er deckt bei einem Basler Mindestlohn gerade einmal 6,5 Wochen Arbeit ab. Wer also in den Semesterferien einmal arbeitet, hat seinen Freibetrag direkt aufgebraucht. Das setzt ein falsches Signal. Statt Eigeninitiative zu unterstützen, wirkt das aktuelle System wie eine Bremse für engagierte Studierende.

Ein besonders kritischer Punkt sind aber auch die Pflichtpraktika. Wer nach dem Bachelor ein sechsmonatiges Praktikum absolvieren muss, sprengt diese 6'000 Franken-Grenze direkt zwangsläufig. Das stellt dann Studierende vor eine sehr absurde Wahl. Entweder sie suchen gezielt nach einem unbezahlten Praktikum, was es tatsächlich gibt, was den Grundsatz der freieren Entlohnung massiv torpediert, oder sie müssen ihr Pensum künstlich drosseln. Beides ist bildungspolitisch absolut unsinnig und auch einfach lebensfremd.

Und lassen Sie uns vielleicht auch gerade noch mit den Vorurteilen aufräumen, Stipendien seien ein Anreiz, um nichts zu tun. Finanzielle Unsicherheit ist erwiesenermassen ein massiver Stressfaktor. Falls Sie das auch schon einmal erlebt haben, wissen Sie, dass das die psychische Gesundheit gefährdet und dementsprechend auch den Studienerfolg. Niemand ist gerne abhängig. Die meisten Studierenden wollen diese Eigenverantwortung übernehmen und so schnell wie möglich auf eigenen Beinen stehen. Zudem ist das System bereits heute sehr streng. Stipendien sind an die Promotionsordnung geknüpft und sind auch auf die Regelstudienzeit begrenzt. Wer die Leistung nicht bringt, verliert den Anspruch. Der Fokus auf den Abschluss ist also gesetzlich bereits garantiert und bringt genügend Druck mit sich.

Der Regierungsrat argumentiert, dass hohe Stipendien ein zügiges Studium ohne Erwerbsanteil ermöglichen sollte. Das klingt ja theoretisch sehr gut, ignoriert aber auch zwei Realitäten. Die Berufserfahrung ist heute nicht mehr ein Nice-to-have für einfach Spass, sondern wirklich auch eine Voraussetzung für einen guten Berufseinstieg. Ausserdem müssen viele Studierende arbeiten, um die Lücken der elterlichen Unterstützung zu schliessen.



Zur Form der Überweisung. Der Regierungsrat möchte das Thema in eine Gesamtüberprüfung parken, das ist mein Eindruck, und wir finden, dass dieses Problem aber schon heute sehr akut ist. Eine Motion hindert ja den Regierungsrat keineswegs daran, auch Lernende in die Lösung miteinzubeziehen, im Gegenteil, das würden wir uns sowieso erhoffen. Würde der Regierungsrat diese Motion direkt umsetzen wollen, könnte er das auch sofort und mit einer einfachen Verordnungsanpassung tun. Dass der Regierungsrat sich einen unverbindlichen Anzug wünscht, zeigt, dass er nicht gewillt ist, dieses Anliegen dringlich umzusetzen und das finde ich persönlich sehr schade. Eine Motion gibt deshalb diesem Anliegen die nötige Dringlichkeit und Verbindlichkeit. Deshalb bittet Sie die Fraktion GRÜNE/jgb um die Überweisung dieses Vorstosses als eine Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank für die angeregte Diskussion, die wir auch schon bei der Motion, jetzt Anzug meines Fraktionskollegen hatten, und für die vielen Argumente. Ich möchte einen Schritt zurückmachen und zuerst kurz über die Definition einer Motion sprechen. Eine Motion setzt man ein für eine verbindliche Forderung oder für das Fordern, dass der Regierungsrat oder die Verwaltung Massnahmen ergreift. Das vorweg.

Der aktuelle Freibetrag von 6'000 Franken ist eine Einschränkung, das haben wir gehört. Er deckt sechs Wochen beim Mindestlohn ab und dazu haben sehr viele Studierende etwa 20 Wochen Semesterferienzeit. Durchaus nicht alle haben in dieser Zeit Aufträge, die es zu erfüllen gibt. Das Budget für Ferien oder Reisen, das ist auch bekannt, ist sehr oft bei dieser jungen Klientel beschränkt, das heisst, es bleibt auch viel Zeit zum Nichtstun, in der vielleicht nicht alle nur auf gute Ideen kommen oder auch nicht alle sich einfach freiwillig engagieren möchten, was schön ist, aber was man auch nicht erwarten darf.

Mir ist wichtig zu betonen, dass die Forderung in der Motion eingegrenzt ist. Es geht um eine Erhöhung, aber auch darum, dass weiterhin das Vollenden des Studiums in der Regelzeit gewährleistet werden soll. Deswegen geht es mir vor allem um diese Grenzbereiche, wo eben eine Person sich entscheiden muss, nehme ich dieses Praktikum und erfahre eine Stipendienkürzung, weil ich gerade ein bisschen über den Grenzbetrag komme, oder muss ich irgendein anderes Praktikum suchen, das schlechter bezahlt oder gar nicht und bin so eingeschränkt. Was Fakt ist, diese Personen sind eingeschränkt.

Wir haben vorher das Wort Chancengerechtigkeit gehört und ja, meine Damen und Herren, das haben wir in dieser Situation nicht. Es bräuhete deswegen wirklich eine Anpassung des Betrags und ich sage nicht, er muss verfünffacht werden, aber eine sorgfältige Betrachtung und Anpassungen, damit eben diese Personen auch frei wählen können, wo sie das Praktikum machen und dass nicht der Lohn oder eben der kleine Lohn oder gar kein Lohn das Kriterium dafür sind, was die Personen aussuchen. Und deswegen, Mustafa Atici hat es gesagt, die Chancengerechtigkeit, die ist hier nicht erfüllt. Das müsste korrigiert werden. Wir verbinden es zurück mit der Definition der Motion. Es ist also eigentlich eine verbindliche Forderung und es müssen Massnahmen ergriffen werden.

Dann haben wir von der Berufsbildung gelesen, das ist mir sehr wichtig, dass das auch mitbetrachtet wird. Auch dort setzt die Motion jetzt keine Leitplanken so eng, dass der Regierungsrat nicht auch gleich dieses Thema abhandeln könnte und dort für eine angemessene Regelung sorgen könnte. Wir haben auch gelesen in der Stellungnahme, und das finde ich auch brisant, dass es Lücken von Elternbeiträgen gibt und dass mit einer Anpassung der Regelung diese noch besser aufgefüllt werden könnten respektive durch Erwerbstätigkeit die Lücken geschlossen werden können. Was aber nur dann möglich ist, wenn es unter dem Strich sich verbessern soll und diese Lücken aufgefangen werden, wenn eine Person nicht eine Stipendienkürzung erfährt, durch dass sie mehr arbeitet. Weil das ist dann schlussendlich so ein bisschen Huhn/Ei und es schiebt sich einfach von links nach rechts und die Frage ist, möchte ich durch Wirtschaftsleistung Geld bekommen oder durch den Staat und ich glaube, viele sind sich sicher oder sind wir einig hier drin, dass es sich meistens lohnt, wenn das Geld erwirtschaftet wird, weil man dann auch in den Sozialwerken abgebildet ist, Sicherheit erfährt, später keine Lücken hat. Auch das macht durchaus Sinn, hier zu handeln und Massnahmen zu ergreifen und für das wäre das Mittel eine Motion.

Noch kurz zur SVP, die vorher angetönt hat, dass viele junge Menschen Mühe mit Geld haben und mit dem Budget. Ich glaube, das Erwirtschaften von einem Lohn, durch das man eben nicht so eng im Korsett ist, das hilft. Man kann dann das Budget einteilen. Es ist ein anderer Bezug zu einem Lohn wie zu einem Stipendium. Das Stipendium ist wichtig für eine gute Bildung, aber ein Lohn, der macht einen richtig stolz und das macht etwas mit jungen Menschen, wenn sie etwas verdienen und sie lernen auch und es gibt auch viele Support-Tools. Ich erfahre, dass vielmehr über Geld gesprochen wird und über Budgetierung und finde das auch sehr positiv, dass das ein Thema ist bei den Jungen, auch wenn man sagt, man spricht grundsätzlich nicht über Geld in der Schweiz. Das ändert sich, das ist gut so und deshalb finde ich, dass eigentlich dieses Argument genau ein Argument dafür ist, dass man diese Motion hier als Motion belassen sollte und sie nicht einfach beerdigen sollte. Weil die SVP meiner Auffassung nach steht für das Leistungsprinzip und dafür, dass man sich einbringen soll und sich einen Weg bauen soll und nicht schlussendlich sich einfach halt dann ergibt und sagt, ich nehme den Stipendienbetrag und ein kleines Praktikum, damit ich keine Kürzungen erfahre. Also das würde ich mir nochmal überlegen.



Lange Rede, kurzer Sinn, es sind sehr viele Ansätze in der Stellungnahme des Regierungsrats drin, die Handlungsbedarf aufweisen und das begrüsse ich auch sehr, dass hier so transparent berichtet wurde. Ich finde einfach, dass durch das der Handlungsbedarf entdeckt wurde und nicht nur Analysen notwendig sind, sondern auch konkrete Verbesserungen, die auch aufgedeckt wurden, eben genau die Motion das richtige Instrument ist, um diesen Vorstoss weiter zu behandeln. Und wir haben die Tendenz oder der Regierungsrat hat die Tendenz, dass sehr viele Motionen einfach zu Anzügen gemacht werden, weil es dann ein bisschen weniger pressant ist und man es vielleicht ein bisschen eher in der Schublade nochmal unten einräumen kann. Und ich finde, gerade bei einem wichtigen Thema, wo es um Chancengerechtigkeit geht, um junge Menschen geht, sollte diese Verbindlichkeit beibehalten werden.

Wir hatten das schon einmal, als es um die Leistungen für das U-Abo und die FHNW ging, da wollte auch ein Anzug gemacht werden und da ging hier ein Ruck durch die Reihen und wir haben das schlussendlich als Motion überwiesen. Ich würde mir heute für die jungen Menschen und für die Chancengerechtigkeit, sei es in der Berufsbildung, sei es bei Personen mit Lücken in den Elternbeiträgen, sei es für Studierende, die gerne ihre Semesterferien nutzen wollen, um Erfahrung zu sammeln und auf dem Berufsmarkt mehr Chancen zu haben, dass wir heute entscheiden, dies bei einer Motion zu belassen. Es könnte knapp werden und deshalb appelliere ich wirklich an Sie, überlegen Sie sich nochmals, was Sie sich vergeben, wenn Sie hier auf Anzug gehen und was Sie bewirken könnten in absehbarer Zeit, wenn Sie das heute als Motion überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Jetzt nur noch kurz, meine Vorredner haben alles klar dargelegt, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, dass dieser Vorstoss nun wirklich als Motion überwiesen wird und nicht als einen Anzug, und zwar aus sozialpolitischer Sicht. Und ich kann da nicht ganz verstehen, wieso die SP hier auf Anzug geht, weil das ist eigentlich sonnenklar, es ermöglicht vielen grösseren Spielraum, jungen Menschen, die an der Schwelle oft sind zur Sozialhilfe, dass sie dort eben nicht mehr zurück müssen, wenn sie einen höheren Freibetrag haben. Deshalb kann ich das wirklich nicht nachvollziehen, weshalb die SP hier auf Anzug geht.

Vielleicht ein kleines Beispiel aus der Praxis. Junge Menschen, die eine Ausbildung beginnen, aber vorher in der Sozialhilfe sind, also kaum haben sie die Ausbildung begonnen mit einem Lehrvertrag, fängt der Druck an bzw. es ist klar, es geht auf Ablösung von der Sozialhilfe, Anmeldung beim Stipendienamt, etc., Krankenkasse, allenfalls noch Mietzinsbeiträge, also an drei Stellen muss ich hier einen Antrag stellen, damit ich dann irgendwie von der Sozialhilfe abgelöst werden kann. Und nehmen wir mal an, diese Person lebt aus irgendwelchen Gründen alleine und nicht in einer WG und nicht bei den Eltern zu Hause, dann bin ich darauf angewiesen, dass ich vielleicht nebenan noch ein bisschen arbeiten kann.

Weshalb hier nicht der Freibetrag erhöht wird, kann ich wirklich nicht nachvollziehen und ich plädiere wirklich allen, auch aus sozialpolitischer Sicht, hier auf Motion zu gehen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Anouk Feurer und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008499, 18.03.26 15:44:02]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 44 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

**38. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:44:25, 23.5628.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**39. Anzug Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:44:59, 23.5570.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Das Erziehungsdepartement erachtet die Bekämpfung von Antisemitismus als sehr wichtig. Seit dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 sind die Schulen dazu angehalten, antisemitistische Vorfälle dem Generalsekretariat des Erziehungsdepartements zu melden. Diese Meldungen werden vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) geprüft. Dadurch haben wir einen Überblick und können auf dieser Grundlage entscheiden, ob weitere Massnahmen ergriffen werden müssen.

Die Auswertungen zeigen, dass an den Schulen seit Sommer 2024 nur noch vereinzelt Meldungen eingegangen sind. Unseren Schulen stehen verschiedene Präventionsprogramme zur Bekämpfung von Antisemitismus zur Verfügung. Neben dem im Anzug genannten Programm LIKRAT bietet beispielsweise das Jüdische Museum Führungen zum Nahostkonflikt für Sekundarschulen an. Zudem können Sekundarschulen die Ausstellung «Mensch, du hast Recht(e)!» besuchen. Dort setzen sich die Schülerinnen und Schüler ebenfalls mit Diskriminierungsformen wie Antisemitismus auseinander. Bei Bedarf können die Schulen zusätzlich Workshops zum Thema Antisemitismus buchen. Generell ist es in der Verantwortung der Schulen, bei einer Zunahme antisemitistischer Vorfälle geeignete Massnahmen zu prüfen. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.

Vor dem Hintergrund, dass das Erziehungsdepartement antisemitische Meldungen an Schulen gesamthaft erfasst und bei Bedarf geeignete Massnahmen prüft, erachten wir es nicht als sinnvoll, ein einziges Präventionsprogramm als obligatorisch zu erklären. Die Schulen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, je nach Diskriminierungsform geeignete Massnahmen zu ergreifen. Daher bitte ich Sie, den Anzug Anouk Feurer abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.



*Brigitta Gerber (BastA):* Wir denken, das Projekt LIKRAT ist ein tolles Projekt und soll auch gefördert werden. Trotzdem sind wir für Abschreiben. Warum? Ich muss kurz ausholen. Mein Sohn schliesst demnächst die Sek 1 ab und ich kann Ihnen berichten, dass bereits vor dem Terroranschlag am 7. Oktober Nazi-Lieder im Klassenzimmer gesungen wurden, Bilder mit Hitler in den Klassenchats zirkulierten, in sozialen Medien verbreitet wurden, Swastikas und Pimmels überall hingeschmiert wurden. Ja, von den Lehrkräften oft nicht richtig erkannt, Kinder und Eltern auf das Behandeln der Thematik beim zweiten Weltkrieg in der dritten Klasse dann getröstet wurden, Chats aber dann doch geschlossen wurden. So ein bisschen ein Stimmungsbild.

Eine spontane Umfrage bei den Lehrkräften haben gezeigt, dass Manosphere-Äusserungen, rechtsextremistische Attitüden in den Schulen, wenn nicht als antisemitisch direkt geäussert, nicht als antisemitisch gezählt werden. Sie sind aber oft Teil rechtsextremer, allgemein rassistischer, diskriminierender Äusserungen und Verhalten, der ganzen Wulst von Manosphere, Anti-LGBTIQ, Hass und Hetze, Sie hören es immer wieder in den Medien auch immer wieder präsentiert, und oftmals ist das gar nicht mehr so leicht zu trennen. Das Ansteigen der Anzahl antisemitischer Übergriffe und Äusserungen hat sicher zugenommen, ich frage mich jedoch, ob sie davor teilweise auch nicht erkannt wurden. Dass die Zahl von Angriffen auf jüdische Kinder im Kontext des 7. Oktober gestiegen ist, ist so, die Zahlen zeigen es klar, aber die allgemeinen Hass und Hetze gesellschaftliche Haltung darum herum, ist schon länger virulent.

Bei solchen Geschehnissen genügt allein, in diesem Fall die jüdische Religion kennenzulernen, unserer Meinung nach nicht ganz. Eine Einbettung wäre hier sehr wichtig. Zwei Bereiche sind dabei zentral. Erstens, wir sind klar der Meinung, dass der Unterricht zu den Religionen auf der Primarebene wie in Zürich professionell und säkular sein muss. Und damit ist nicht gemeint christliche Ökumene und Kursangebote der beiden christlichen Kirchen mit etwas Beigemüse muslimischer, hinduistischer und jüdischer Feiertage. Nein, es müssen entsprechende Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben das in diesem Rat schon einmal versucht durchzukriegen und der Vorstoss, deshalb haben wir Stehenlassen gefordert, wäre durchaus sinnvoll gewesen. Aber ja, Sie wollten ihn abschreiben.

Im Kanton Zürich wurde vor über zehn Jahren das Schulfach Religion und Kultur eingeführt. Der Unterricht ist konfessionell neutral und vermittelt in erster Linie kulturkundliches Grundwissen über die verschiedenen Weltreligionen, Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus. Gemäss Zürcher Lehrplan wird das Richtziel eine Kompetenz im Umgang mit religiösen Fragen und Traditionen angestrebt, die in vier Aspekten entfaltet wird, Wahrnehmung, Wissen und Verstehen, Orientierung, Verständigung. Ein ganzes Potpourri von spannendem Wissen für die Zukunft unserer Kinder. Dazu gibt es ein Lehrmittel. Wichtig ist, dass der Zeitpunkt früh genug liegt.

Zweitens sind wie gesagt die Trennlinien zwischen Rechtsextremismus, Manosphere, etc. auf der Sek 1-Ebene nicht so eindeutig. Wir sind der Meinung, viele antisemitische Diskriminierungen sollten in einem Gesamtkontext bearbeitet werden, wie dies die Regierung ja offensichtlich auch vorhat. Siehe in ihrer Antwort betreffend Vorstoss von Fleur Weibel.

In der nun angedachten Gesamtstrategie schreibt sie, im Rahmen der Umsetzung der Motion Fleur Weibel soll den verschiedenen Dimensionen von Rassismus Rechnung getragen und auf Antisemitismus im Speziellen eingegangen werden. Die Strategie soll zudem eng mit der Bundesstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus im Dezember 2025 verabschiedet abgestimmt werden. Allerdings nur andeuten, lieber Regierungsrat, genügt uns nicht. Deshalb sind wir der Meinung, der Kanton muss so schnell wie möglich eine Gesamtstrategie vorlegen. Dabei kann sicher auch ein tolles Programm wie LIKRAT und andere in das Paket der Sekundarschule eingeplant und aufgenommen werden. Die Anzustellenden haben uns klar gezeigt, wie dringlich die Lage ist.

Wir sind zur Kenntnisnahme und Abschreibung, weil uns dieser Vorstoss angesichts der Lage zu wenig weit geht. Ein Projekt wie LIKRAT ist dabei wichtig und soll ein Teil des Massnahmepaketes sein, aber nicht allein. Die Projektwahl ist vielfältig und an die Problematiken angepasst. (Dazu scheint uns das Projekt auch etwas zu klein. Die Schülerinnen sind ja noch Minderjährige und auch nicht professionell.) Also von daher einfach noch mehr und bitte schnell.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen, wir haben es auch in den letzten Tagen aus den Medien immer mal wieder gehört, haben wir nach wie vor seit dem schrecklichen Anschlag am 7. Oktober 2023 eine sehr hohe Fallrate an antisemitischen Fällen. Das ist jetzt nicht zurückgegangen. Wir haben diese Fälle zum Beispiel auch im Internet und es gibt auch viele junge Menschen, welche das Internet konsumieren, entsprechend werden auch die Schulen in Zukunft davon nicht verschont und basierend auf diesem Aspekt sind wir nicht bereit zum jetzigen Zeitpunkt einen derartigen Anzug abzuschreiben.

Wir sind auch der Meinung, dass das Kernanliegen des Anzuges auch nicht wirklich erfüllt ist. Der Regierungsrat sieht es nicht als nötig, das LIKRAT-System für obligatorisch zu erklären. Ob es jetzt nur dieses LIKRAT-System benötigt oder



andere präventive Massnahmen, ja, das sei dahingestellt, aber wenn wir jetzt diesen Anzug abschreiben, dann haben wir eigentlich gar nichts Wirkliches in der Hand.

Und wir sind auch bei einer anderen Auffassung beim Begriff Prävention. Also Prävention soll nicht erst ergriffen werden, nachdem etwas passiert ist, sondern Prävention soll generell betrieben werden, damit eben keine antisemitischen Vorfälle passieren und nicht erst nachdem ein Vorfall passiert ist, dass man dann sagt, jetzt wenden wir gerade in dieser konkreten Klasse vielleicht das LIKRAT-System an nach unserem Ermessen. Also das ist auch aus unserer Sicht der falsche Aspekt von Prävention.

Der weitere Punkt, warum wir für Stehenlassen sind, ist ein formeller Grund. Wir haben verschiedene Vorstösse aktuell hängig. Das ist mal der Anzug von Frau Weibel, es ist der Anzug von Herrn Karger, es ist dieser Anzug, es ist auch mein Anzug, der einen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert, sowohl präventive als auch repressive Massnahmen, und da erwarten wir vom Regierungsrat ein Gesamtpaket und dieses Gesamtpaket soll halt dann auch in einem Ratschlag kommen, damit auch alle Anzüge behandelt werden. Es macht sehr wenig Sinn, wenn wir jetzt die Forderungen von einzelnen Anzügen abschreiben und entsprechend sollte man auch diesen Anzug stehen lassen, was die SVP-Fraktion beantragt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

*Philip Karger (LDP):* Die Antworten der Regierung verfehlen den Sinn des Anzugs. Entweder sie hat dessen Bedeutung nicht verstanden oder sie wollte sie nicht verstehen. Anouk Feurer bezog sich ausdrücklich auf die Sekundarstufe, doch die Antwort listet präventive Möglichkeiten für alle Schulstufen auf. Die Grundrechte, wie sie in der Bundesverfassung und den kantonalen Volksschulgesetzen formuliert sind, sind uns bekannt. Gefragt wurde jedoch, ob Präventionsprogramme in den Lehrplan der Sekundarstufe aufgenommen werden können. Genau diese Frage beantwortet die Regierung nicht.

Die Regierung erwähnt den Antisemitismusbericht der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus aus dem Jahr 2024, in dem ein Rückgang der Meldungen festgestellt wird. Unerwähnt bleibt jedoch der entscheidende Nachsatz, das Niveau der Meldungen lag 2024 jedoch konstant massiv höher als vor den Terroranschlägen der Hamas auf Israel 2023. Der letzte Woche erschienene Bericht für das Jahr 2025 zeigt einen massiven Anstieg des Online-Antisemitismus, das ist ja nur eine Verschiebung in die Online-Welt. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer, weil viele Vorfälle aus Scham oder Angst nicht gemeldet werden.

Es ist also keineswegs so, wie der Regierungsrat es darstellt. Antisemitische Vorfälle sind gestiegen und müssen dringend bekämpft werden. Am besten tut man dies bei der Jugend, und zwar auf Sekundarstufe. Jeder antisemitische Vorfall ist einer zu viel. Viele jüdische Bürger Basels fühlen sich hier unwohl. Angesichts des Iran-Kriegs ist zudem kaum zu erwarten, dass der Antisemitismus abnimmt, eher wird die Zahl der Meldungen noch mehr steigen. Das zeichnen die Anschläge letzter Woche in Holland, Belgien und Norwegen.

In diesem Anzug geht es um Prävention, doch die Regierung antwortet lediglich mit den Fallzahlen der Schweiz. Sie erwähnt auch die Möglichkeit, in Basel Meldungen zu machen und die freiwilligen Präventionsprogramme. Das ist grundsätzlich positiv, aber Freiwilligkeit ist hier der falsche Ansatz. Solche Angebote werden nur von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern genutzt, die sich bereits mit Antisemitismus auseinandersetzen. Gerade dort, wo Prävention am dringendsten nötig ist, werden die Angebote nicht angenommen.

Die Idee hinter dem Anzug ist es, eine feste Prävention einzurichten. Darauf geht die Regierung nicht ein. Auch andere Minderheiten und Ethnien sind von Hass betroffen. Warum also nicht das eine tun und das andere nicht lassen? Ein Präventionsprogramm muss sich schliesslich nicht auf den Antisemitismus beschränken. Ein gutes Konzept, so es denn einmal steht, kann bei Bedarf auch auf andere Minderheiten angewendet werden.

Für eine gute Antisemitismusprävention bitte ich Sie daher, auch im Namen der LDP, den Anzug stehen zu lassen und der Regierung Zeit zu geben, ein Konzept zu erstellen, das an allen Sekundarschulen angewandt wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Diese wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Anouk Feurer.

*Anouk Feurer (GRÜNE/jgb):* Der Regierungsrat beantragt in seinem Bericht, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Während ich in einem Punkt der Regierung recht gebe, sind wir, die Fraktion GRÜNE/jgb und die SP, trotzdem der Ansicht, dass dieser Vorstoss stehen gelassen werden muss. Wir anerkennen die Bemühungen des Erziehungsdepartements, sehen aber entscheidende Punkte, die vor einer Abschreibung geklärt werden sollten.



Ich möchte dem Regierungsrat in einem Punkt ausdrücklich recht geben. Es ist ordnungspolitisch schwierig, für eine einzelne Religionsgemeinschaft ein verpflichtendes isoliertes Präventionsprogramm in den Lehrplan zu verankern, während man dies für viele andere Gruppen eben nicht tut. Universale Prävention stösst an ihre Grenzen, wenn sie nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet ist. Genau hier liegt aber der Grund, weswegen wir den Vorstoss noch nicht abschreiben möchten. Wie wir gehört haben, wird aktuell eine Gesamtstrategie gegen Rassismus und Antisemitismus erarbeitet. Wir möchten diese Strategie und dann die daraus resultierenden Massnahmen abwarten, bevor wir dieses Anliegen hier abschreiben.

Was mich beim Lesen des Berichts aber irritiert hat, ist die Verwechslung von Prävention und Intervention. Es sei den Schulen überlassen, bei einer Zunahme von antisemitischen Vorfällen geeignete Massnahmen zu überprüfen. Einerseits halte ich es grundsätzlich für den falschen Ansatz, nur reaktiv zu handeln. Eine Prävention muss strukturell und proaktiv greifen, damit es eben bestenfalls gar nicht erst zu Vorurteilen und Vorfällen kommt. Andererseits ist eben das Eingreifen nach Vorfällen eine Intervention und keine Prävention.

Und wenn, wie im Bericht vorgeschlagen, nach antisemitischen Vorfällen in einer Klasse dann ein Programm angefordert wird und das zum Beispiel eben LIKRAT sein sollte, das würde sich überhaupt nicht eignen, denn bei LIKRAT kommen gleichaltrige jüdische Kinder in eine Klasse und es ist pädagogisch höchst fragwürdig, ein jüdisches Kind in eine Klasse zu schicken, in welche es schon zu antisemitischen Vorfällen gekommen ist. Logischerweise kann es nicht die Aufgabe von potenziell Betroffenen sein, in einer solchen Atmosphäre Aufklärungsarbeit zu leisten und schon gar nicht die Aufgabe von Kindern und Jugendlichen. Wir brauchen neben den Notfallmassnahmen, welche das ED in einem Leitfadentext vorgestellt hat, auch eine verlässliche Strategie, die den Schutz von Betroffenen ins Zentrum stellt. Und bevor wir die Massnahmen der Gesamtstrategie kennen, möchte ich diesen Anzug nicht abschreiben.

Deshalb bitten Sie die Fraktionen GRÜNE/jgb und SP, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin gerade unterwegs gewesen mit zwei TikTok-Kindern, denen ich Essen bezahlt habe.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, reden Sie bitte zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin zufälligerweise jetzt gerade wieder zurückgekommen. Sie haben es gesehen, ich bin hier reingekommen und habe gerade das Wort Hitler von Brigitta Gerber gehört. Sie hat gesagt, jüdische Kinder und da habe ich gedacht, eine spannende Geschichtsdiskussion. Und ich möchte Ihnen wirklich einmal ans Herz legen, meine Damen und Herren, was hier die Hintergründe sind. Wir holen ja die Konflikte in unsere Länder hinein. Wir reden hier über Prävention, wir reden über Antisemitismus, aber wenn man ehrlich ist und wirklich tief in sich hineingeht, dann weiss man, von wo die Probleme kommen.

Ich kann mich kurz fassen, aber ich möchte das sagen, jeden Samstag ist vor dem Hauptbahnhof in Hannover eine Palästina-Demo, in Berlin auch. Ich war dort auch dabei, um zu schauen, und auch in Basel haben wir diese Demos und wir holen die Konflikte hier rein und es wird nicht besser. Der Vorredner Philip Karger hat gesagt, der Antisemitismus ist gestiegen. Philip Karger hat auch richtig gesagt, durch den Iran wird das noch mehr. Die Schweiz müsste eigentlich neutral sein, aber wir holen mit der Masseneinwanderung die Konflikte in unser Land.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Reden Sie zum Thema, Herr Weber, das ist sonst der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich weiss, aber zum Thema, ich bin überrascht als Mensch, Journalist und Grossrat, Herr Karger hat gesagt, es habe Anschläge jetzt in Holland und Belgien gegeben. Die Zwischenfrage wurde nicht angenommen, ich habe ihn gefragt und er hat gesagt, ja genau, ich weiss es auch nicht, ich muss nachschauen. Ich lese alle Zeitungen von Anfang an bis Ende, es ist mir neu, wenn Herr Karger sagt, es habe einen Anschlag gegeben jetzt vor einer Woche in Holland und Belgien. Darum muss ich sagen, wenn man die Zeitungen liest, steht überall, es könnte demnächst einen Anschlag in der Schweiz geben und davor habe ich Angst. Holland, Belgien ist mir egal, ich bin sehr selten dort. Darum habe ich gesagt, die Schweiz ist im Blickpunkt, vor Anschlägen habe ich immer Angst.

Ich komme zur letzten Vorrednerin, Anouk Feurer. Sie sagt Prävention, sie sagt, jüdisches Kind in einer Klasse geht nicht oder hat Probleme, weil es halt viele andere dort hat, die andere Religionen haben, aber ich glaube, Anouk Feurer, Sie haben vergessen zu sagen, die jüdischen Kinder haben ja Privatschulen. Und nach meiner Berechnung in Basel, und das



darf man sagen, ist es so, gehen 95% der jüdischen Kinder in ihre jüdische Privatschule und nicht in die öffentliche Schule. Das wollte ich einfach mal sagen. Da werden einfach Sachen behauptet, die ich einfach richtigstellen muss. Und ich kann Ihnen sagen, irgendwie wird das ja immer mehr. Ich bin jetzt wirklich ein Realist und vielleicht kann das auch Mustafa Atici erklären und sagen, der Anteil, ich habe es jetzt gelesen, von Muslimen wird einfach grösser und das ist so. Und dann wird der Antisemitismus steigen und das sind statistische Zahlen, dass halt eine muslimische Familie mehr Kinder hat. Ich finde das toll, Kinder zu machen. Ich habe auch mehrere Kinder und dann ist das halt ein Mehrheitsverhältnis, das entscheidet, und ich passe mich auch dem Mehrheitsverhältnis an. Ich gehe auch in die muslimische Kirche und hole mir dort die Zeitungen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, Sie reden wiederholt nicht zum Thema. Das ist ein Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich informiere mich, ich gehe in die muslimische Kirche und nehme mich diesen Problemen an. Ich sitze nicht nur selber im Grossen Rat, ich gehe überall hin und schaue mir das an, weil ich nur das glaube, was ich selber sehe.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Es ist immer sehr schade, wenn ein Rechtsextremer beim Thema Antisemitismusprävention das letzte Wort hat. Deswegen bin ich nochmals hier und bitte Sie, das so zu überweisen, wie das Frau Feurer gemacht hat und bitte Sie, dem zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Was Sie gesagt haben, das letzte Wort, geht nicht, ich habe das letzte Wort. Ich bin seit 43 Jahren Grossrat. Ich weiss nicht mal Ihren Namen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, wir sprechen jetzt zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Er hat gesagt, er wolle das letzte Wort haben, nicht ein Rechtsradikaler. Ich habe nichts mit Rechtsradikalismus zu tun, ich war mit der PdA zusammen, die Partei der Arbeit mit den Kommunisten. Wer mich kennt, weiss, ich bin anständig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, ich bitte Sie, zum Thema zu reden.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich gehe an meinen Platz, aber ich habe das letzte Wort und das lasse ich mir nicht bieten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Es liegt auf der Hand, wer das letzte Wort haben soll. Es können natürlich noch andere kommen, aber es macht Sinn, dass irgendjemand anderes das letzte Wort hat und so wünsche ich Ihnen eine gute Abstimmung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungsrat Mustafa Atici verzichtet auf ein weiteres Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Pascal Messerli.

### Ergebnis der Abstimmung

**10 Ja, 81 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008503, 18.03.26 16:10:15]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 10 Ja-Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gemäss Antrag Pascal Messerli dem Regierungsrat überwiesen.

## 40. Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal, Schreiben des RR

[18.03.26 16:10:27, 26.5043.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten werfen jedoch grundlegende Fragen auf. Der Regierungsrat begründet die Einführung des aktuellen Lehrpersonenportals hauptsächlich mit dem Zeitdruck aufgrund des Endes des Vorgängers InfoMentor. Die Begründung überzeugt leider nicht. Warum? Bereits 2019 wurde die zuständige Fachstelle ICT Medien sowie die Volksschulleitung darüber informiert, dass InfoMentor nicht weiterentwickelt wird und sich das Produkt am Ende seines Lebenszyklus befindet. Basel-Stadt hatte somit nicht zwei, wie in der Beantwortung behauptet wird, sondern fünf Jahre Zeit, eine Nachfolgelösung sorgfältig zu evaluieren und vorzubereiten. Wenn trotz dieser Vorlaufzeit ein System ohne umfassende Evaluation, ohne echte Pilotphase, ohne systematische Nutzerbefragung eingeführt wird, dann handelt es sich nicht um ein Problem des Zeitdrucks, dann handelt es sich, um es wohlwollend auszudrücken, um ein Problem der Planung und der Organisation. Wegen eines Zeitdrucks, der in Realität nicht bestand, wurde verzichtet, bewährte Lösungen aus anderen Kantonen systematisch zu prüfen. Warum eigentlich? Andere Kantone sind hier nämlich schon weiter, man könnte ja auch Synergien nutzen.

Hinzu kommt, dass der Support gerade in der Stresszeit, wo Lernberichte erstellt werden mussten, nicht funktioniert hat und schwer erreichbar war. Ich denke, wir sind uns hier einig, digitale Werkzeuge im Bildungs- und sämtlichen anderen Bereichen müssen Prozesse vereinfachen und die Anwenderinnen und Anwender entlasten. Statt auf bestehende und bereits eingesetzte Systeme zurückzugreifen oder zumindest eine vorhandene Übersicht aus dem Jahr 2020 zu möglichen Alternativen zu berücksichtigen, wurde eine eigene kantonale Lösung entwickelt. In der heutigen digitalen Landschaft, in der vielerorts erprobte Fachsysteme existieren, ist dieses Vorgehen einfach nicht nachvollziehbar.

Nun bin ich gespannt auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage zum selben Thema, was da erzählt wird. Meinem Votum entnehmen Sie, dass ich mit dieser Antwort nicht zufrieden bin und ich hoffe, die Regierung ist es ebenfalls nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



#### 41. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birsköppli - Lehenmatt, Schreiben des RR

[18.03.26 16:13:47, 21.5832.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* In dieser Situation sagt jetzt ein Bild oder sagen zwei Bilder mehr als tausend Worte und deshalb bitte ich den Parlamentsdienst, das Bild hier einzublenden. Man sieht hier sehr genau, um welche Stelle es sich handelt, der dieser Anzug thematisiert, der hier wünscht, dass hier künftig Veloverkehr zugelassen ist gemeinsam mit dem Fussverkehr. Ich glaube, Sie sehen hier mehrere Faktoren, weshalb der Regierungsrat Sie wirklich bittet, diesen Anzug abzuschreiben und nicht stehen zu lassen.

Sie sehen die Situation, der Weg ist heute sehr schmal. Für diejenigen, die heute finden, in der Solitude hätten wir keine gute Situation, bitte stellen Sie sich vor, wie das hier wäre, wenn Velofahrende und Fussgänger\*innen hier unterwegs sind. Es kommt hinzu, Sie sehen auch die Brücke da, wo der Weg unten durchführt, das ist zu tief, auch da bräuchte es massive Eingriffe.

Jetzt können Sie natürlich sagen, verbreitern wir diesen Weg, aber das ist nicht so einfach. Wir sind in der Uferzone, das bedeutet, wir haben Gewässerschutz. Im südlichen Teil dieses Weges ist eine Naturschutzzone. Ich habe mich etwas gewundert, dass Teile der Grünen hier offensichtlich auch offen sind, also spätestens bei Gewässerschutz und Naturschutzzone sollte es bei Ihnen in den Ohren klingeln, und wenn Sie jetzt denken, ja, da kann man doch mal beide Augen zudrücken, das sind nicht nur kantonale Gesetzgebungen, sondern eben auch nationale. Und dieses Parlament hier überweist mir regelmässig Biodiversitätsvorstösse, wir sollen Biotopverbundsachsen stärken, bloss keine Eingriffe in solche Achsen und genau solche Achsen sind eben wichtig und sollten wir respektieren, auch wenn es um den Veloverkehr geht.

Wir haben schon einen Präzedenzfall, und zwar im Bereich des St. Jakob, da gibt es bereits einen relativ breiten Weg unter der Brücke durch, da sind auch wir der Meinung, dass man den künftig nutzen sollte, und schon dort stossen wir an gewisse Grenzen mit dem Gewässerschutz. Ich mag mir gar nicht ausmalen, wie kompliziert es wäre, diesen Weg hier zu öffnen und wie gesagt, auch dann wäre er noch sehr schmal für eine Benutzung mit zu Fuss Gehenden und Velofahrenden.

Ich glaube, wie gesagt, diese Bilder sagen einiges. Es gibt parallele Alternativrouten, die müssen wir noch verbessern, da sind wir uns einig, die sind natürlich nicht gleich bequem, wie es so ein Veloweg da unten durch wäre, aber Sie sehen die Schwierigkeiten hier respektive ich halte das für nicht genehmigungsfähig, eine Anpassung dort und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug nicht stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragte im Jahr 2024, den vorliegenden Anzug stehen zu lassen, was wir dann auch taten. Nochmals zur Veranschaulichung der Forderung des Anzugs. Das Birsköpflweglein führt vom Birsköppli, rechts auf dem Plan, unter der Brücke der Zürcherstrasse durch bis zur Birsstrasse. Die Verbindung zwischen dem Birsköpflweglein und dem Nasenweg könnte mit einem Veloweg gelöst werden, welcher in der Birsstrasse parallel zum Trottoir geführt würde. Bei der Verzweigung Birsstrasse-Nasenweg würden die Velofahrenden neben dem Fussgängerstreifen die Fahrbahn zum Nasenweg überqueren. Dann fahren sie weiter durch den Nasenweg in die Lehenmattstrasse und auf dem dortigen Velostreifen in Richtung St. Jakob.

Nun will der Regierungsrat den Anzug abschreiben, ohne den geforderten Velo- und Fussweg zu bauen. Er schrieb, dass der Veloweg wegen Gewässerschutz, Naturschutz, Wegbreite und Brückenhöhe nicht umsetzbar sei. Ich kann die Argumente nur teilweise verstehen und ich denke, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, ein Veloweg.

Zur Kritik der Brückenhöhe und zum Gewässer- und Hochwasserschutz. Der Fuss-Veloweg müsste, wie in meinem Anzug geschrieben, etwas tiefer gelegt werden, damit man unter der Brücke der Zürcherstrasse mit dem Velo durchfahren kann. Die Birs würde durch diesen Weg aber nicht tangiert oder gar verschmälert. Zum Vergleich, an der Wiesendamm-Promenade im Bereich der Freiburgerbrücke gibt es einen Veloweg mit je einer Spur in beide Richtungen und nebenan einen Fussweg. Dieser Weg führt unter mehreren Brücken durch und hat teilweise eine ähnliche Höhe zwischen Fahrbahn und Brücke. An ein paar wenigen Tagen im Jahr wird das Birsköpflweglein vermutlich wegen Hochwasser gesperrt werden müssen, genau wie der Weg an der Wiesendamm-Promenade. Das funktioniert dort ganz gut. An diesen wenigen Tagen müssen



Velofahrende wie zu Fuss Gehende eine andere Route wählen, wie dies an der Wiesendamm-Promenade ebenfalls der Fall ist.

Zur Kritik der Wegbreite. Wenn das Birskopfweglein verbreitert würde, könnten die Velofahrenden ohne Behinderung der zu Fuss Gehenden zirkulieren. Es hat an diesem Ort neben der Birs genügend Platz, um eine Verbreiterung des Weges auszuführen. Allenfalls wäre für den Abschnitt unter der Brücke der Zürcherstrasse auch eine Auskragung mit Stützen denkbar. So würde der Gewässerschutz nicht tangiert. Das Badweglein neben dem Gartenbad Bachgraben ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Koexistenz von Velo- und Fussverkehr auf einem gemeinsamen Weg sehr gut funktioniert. Der Regierungsrat schrieb zudem in seiner Stellungnahme, stattdessen sollen die bestehenden Alternativrouten entlang der Farnsburgerstrasse, Lehenmattstrasse bzw. entlang der Birsfelderstrasse verbessert werden. Es würde mich sehr interessieren, was genau damit gemeint sein soll. Für weniger geübte Velofahrende und Kinder sind diese Routen, welche die stark befahrene Zürcherstrasse überqueren, nämlich sehr unattraktiv und gefährlich.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Unser Stehenlassen soll eine Aufforderung an den Regierungsrat sein, diesen gemischten Fuss-Veloweg zwischen dem Birsköppli und der Birsstrasse zu bauen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

*Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb):* Es ist effektiv so, wie es Frau Keller gesagt hat, in der Fraktion GRÜNE/jgb sind wir uns nicht ganz einig geworden, was wir mit diesem Anzug machen wollen. Auf der einen Seite haben wir einen Teil, der sagt, die Veloverbindung Richtung Joggeli oder vom Joggeli her kommend an den Rhein oder dann auch ins Kleinbasel rüber ist eine Katastrophe aktuell. Also wer sie kennt, die Kreuzung dort, Zürcherstrasse unter der Autobahn durch, wo das Tram kommt und vier Autospuren, ist eigentlich für Velofahrende sehr unangenehm und unsicher zu überqueren.

Das hat Christoph Hochuli auch schon gesagt, es wird in der Anzugsbeantwortung zwar versprochen, dass man diese Verbindungen verbessert, aber wir sehen nicht, dass man dort irgendwie den ganzen Verkehr und die Trams wegnimmt und eine saubere, schöne Überfahrt für die Velofahrenden gewährleisten kann, sondern wir sehen es effektiv als eine viel elegantere und einfachere Lösung, wenn man das dort in dem Fall entflechtet. So wie es auch vorgesehen ist bei der Joggeli-Kreuzung beim Stadion zwischen Gartenbad und Stadion, wo man dort unten durchgeht. Das hat aber Esther Keller jetzt auch schon angedeutet, dass das offenbar auch noch nicht umgesetzt werden kann. Und dort hat man ja das effektiv gemacht, dort ist ein Veloweg unten durch geteert.

Diesem Teil der Fraktion ist es wirklich ein Anliegen, dass man das noch einmal intensiv prüft. Christoph Hochuli hat es auch gesagt, man könnte den Weg ein bisschen tiefer legen, das muss man wahrscheinlich sowieso machen wegen der Brückenhöhe, man könnte eine Auskragung machen, so, dass dort der Naturschutz nicht tangiert wird. Es ist uns aber bewusst, und da spricht dann der andere Teil der Fraktion, dass es ein sehr heikler Bereich ist und dem Teil der Fraktion ist der Naturschutz in diese Naturschutzzone im Ufergebiet von der Birs wichtiger, als dass man dort auf Biegen und Brechen probiert, den Mischverkehr zu machen auf dem Weg, und will den Anzug entsprechend abschreiben.

Insofern sind wir offen und hatten einen kleineren Konflikt in der Fraktion. Dies zur Erklärung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich mache es ganz kurz. Ich fahre natürlich dort mit dem Velo selber oft einmal durch und nachdem ich heute Morgen erfahren habe, dass man jetzt auf der Hauptverkehrsachse Velospuren machen will, habe ich ein bisschen Angst, dass wenn man dort an diesem Weg nicht weiterarbeiten zu versucht, dass man am Schluss wahrscheinlich noch eine Autobahnspur sperrt und dort einen Velostreifen daraus macht. Darum würde ich das gerne unterstützen, dass man das jetzt noch einmal prüft und würde auch meine Fraktion auffordern, dass man vielleicht hier das noch einmal stehen lässt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich gelte wirklich nicht als velofeindliche Person, ich glaube, da sind wir uns einig. Was man hier aber sagen kann oder generell, wir können dem Velo nicht alles unterordnen. Es gibt Ziele, die haben Sie hier drin uns mit auf den Weg gegeben und wie gesagt, gerade solche Dinge wie Biotopverbund oder auch Gewässerschutz, also Schutz von Natur hat hier drin regelmässig einen hohen Stellenwert. Und deshalb darf ich nochmal hinweisen, eine Verbreiterung dieses Wegs, das ist kein kleiner Eingriff. Überlegen Sie sich nochmals, wie breit die Solitude ist, wie gross die



Konflikte dort sind, wie stark man diesen Weg verbreitern müsste, um ähnliche Konflikte zu vermeiden und ich denke, dann haben Sie auch die Antwort, ob es Sinn macht, hier die Regierung zu beauftragen, das vertiefter abzuklären.

Wie gesagt, die Interessen hier, die Interessenslage, auch die nationale Interessenslage, es handelt sich hier nicht nur um kantonale Gesetzgebung, sondern eben auch um nationale, scheint mir relativ klar. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Christoph Hochuli

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008509, 18.03.26 16:26:05]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 45 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen den Anzug gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

## 42. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

[18.03.26 16:26:17, 21.5769.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erster Fraktionssprecher eingetragen hat sich für die SP Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich spreche auch für die BastA-Fraktion und ich dachte auch für die GRÜNE/jgb, aber jetzt sehe ich hier Raffaella Hanauer, also dann nehmen Sie es als SP- und BastA-Votum.

Vor zwei Jahren stand ich bereits hier und habe betont, dass es um das Schliessen einer Lücke im Basisroutennetz geht, und habe gefordert, die Verbindung rechtzeitig bereitzustellen und habe darauf hingewiesen, dass ohne konkrete Umsetzung schöne Ziele folgenlos bleiben. Ich erwähnte damals die Bedeutung dieser Verbindung zwischen dem heutigen Bürgerspital-Areal mit dem Rehab und den künftigen Wohn- und Arbeitsgebieten im Umfeld der Burgfelderstrasse und des Bachgrabens. Ich sagte, dass bereits absehbar ist, dass sich dort viele Menschen bewegen werden und dass es unsere Aufgabe sei, die entsprechenden Verkehrsbeziehungen rechtzeitig bereitzustellen. Ich zeigte auch den Ausschnitt des Teilrichtplans Velo und legte dar, weshalb die vorgeschlagenen Varianten für die Velofahrenden nicht überzeugen. Ich erwähnte die Möglichkeit einer Velorampe und forderte eine ernsthafte Prüfung dieser Option, da ein Augenschein vor Ort eine realisierbare Lösung ohne grössere Eingriffe nahelegt.

Nun, nach zwei Jahren liegt jetzt die Antwort vor, die kurz und knapp festhält, dass in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Das war damals natürlich nicht die Idee des Stehenlassens. Mindestens eine vertiefte Prüfung hätten wir schon erwartet. Neu hinzu gekommen ist einzig das Argument, dass diese Verbindung im überarbeiteten Teilrichtplan nicht mehr enthalten sein werde, dem Teilrichtplan, auf den wir auch seit letztem Herbst warten. Deshalb möchte ich hier auch noch die Hoffnung



ausdrücken, dass nicht alle Verbindungen, die baulich gewisse Herausforderungen mit sich bringen, stillschweigend aus der Planung gestrichen werden. Im Gegenteil hoffe ich, dass auch an anderen Stellen tatsächlich Verbesserungen für den Veloverkehr umgesetzt werden, sofern sie den Sinn machen.

Wir bitten Sie deshalb, den Anzug noch einmal stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Im Jahr 2024 haben wir den vorliegenden Anzug entgegen dem Antrag des Regierungsrats stehen gelassen. Dies entsprach einem Auftrag an den Regierungsrat, den geforderten Veloweg zu bauen. Nun lehnt der Regierungsrat diese Veloverbindung aber trotzdem wieder ab und will sie kurzerhand aus dem Teilrichtplan Velo rauswerfen, wo sie nämlich festgeschrieben ist. Diese Veloverbindung ist deshalb so wichtig, weil sie eine sichere und attraktive Alternative zum gefährlichen Luzernerring darstellt. Diese Veloroute verbindet das nördliche St. Johann mit Allschwil-Bachgraben und auch mit Saint-Louis. Ich habe die Situation vor Ort angeschaut und bin überzeugt, dass dieser Velo- und Fussweg dort als Brücke, also auf Stützen gebaut werden könnte und so wären die Freizeitgärten nur marginal am Rand betroffen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb) ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Dieser Anzug ist eigentlich eine ziemliche Absurdität, weil grundsätzlich ist die Verbindung schon im Teilrichtplan drin, sie sollte also eigentlich schon vorgesehen sein. Nichtsdestotrotz wurde sie nicht geplant und daher dieser Anzug. Und jetzt möchte man den Anzug abschreiben, weil man sagt, dass die Verbindung, die ursprünglich eigentlich im Teilrichtplan schon wirklich lange vorgesehen ist, nicht sinnvoll sei. Ich finde diese Verbindung nach wie vor sinnvoll, die Fraktion sieht das genauso, deshalb möchten wir stehen lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Roger Stalder für die SVP.

*Roger Stalder (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, das abzuschreiben. Wenn halt etwas nicht geht, dann geht es nicht und was für uns gar nicht in Frage kommt, dass man dort Freizeitgärten opfern würde für eine Rampe, wo vielleicht höchstens ein Jérôme Thiriet hinaufkommt, Steigung 18 bis 20% und hinunter hat man etwa 60 km/h und das wollen wir nicht. Und ich glaube, der Ausbau dort ist sehr gut. Auch wenn man jetzt sieht, eigentlich hat man eine Autobahn, vom Spalentor bis zur Burgfeldergrenze kann man durchrasen ohne Auto. Also es gibt keinen Grund, das auch noch zu machen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Hier verhält es sich etwas anders als beim vorigen Anzug. Hier, glaube ich, sprechen weniger rechtliche Gründe dagegen. Ich glaube, Herr Grossrat Hochuli, so einfach, wie Sie das beschreiben, dass man einfach ein paar Stützen baut und die Freizeitgärten dann dort bleiben könnten, da müssen wir ganz realistisch sein, das ist nicht möglich. Wenn, dann müssten zumindest für die Bauzeit diese Gärten weg und auch sonst, Sie müssen sich immer überlegen, immer wenn Sie mit Rampen argumentieren, irgendwo kommen sie runter und das sind ziemliche Bauwerke, das ist nichts Kleines, was Sie hier fordern. Auch ein Unterschied zu vorhin ist, oder hier sehe ich jetzt gerade nicht, weshalb Sie mit Sicherheit argumentieren, Sie können diese Wege, diese Umfahrung nehmen, Sie können durch die Milchsuppe fahren und dort den Weg hinauffahren.

Letzter Grund, Sie müssen einfach sehen, wir können nicht alles gleichzeitig machen. Ich habe eine gewisse Anzahl Personen bei mir, die an solchen Projekten arbeiten. Das hier ist ein komplexes Projekt. Das ist nicht mit ein bisschen Markierung gemacht, das ist nicht mit ein bisschen Signalanlagen anpassen gemacht, das ist ein grösseres Projekt an einer Stelle, wo wir denken, es gibt andere Stellen in der Stadt, die wirklich dringlicher sind und die sicherheitsrelevanter sind. Und Sie können uns natürlich weiterhin einfach alle Velovorstösse überweisen und hoffen, dass wir alle gleich schnell vorantreiben können. Es ist aber nicht so. Wir haben, nochmals, eine begrenzte Anzahl Personen, die arbeiten und ich



möchte gerne, dass diese Personen an Projekten arbeiten, die rasch eine Verbesserung bringen und an Knoten, die sicherheitsrelevant sind.

Deshalb bittet Sie die Regierung, auch diesen Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008511, 18.03.26 16:34:03]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 33 Ja-Stimmen gegen 59 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung stehen gelassen.

## **43. Anzug der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Bahn-Anbindung der St. Jakobshalle bei Grossanlässen, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:34:12, 14.5675.06]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **44. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlhofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:34:35, 25.5598.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Laetitia Block (SVP):* Ich möchte mit dem Positiven beginnen. Auf meine Interpellation hin wurden im Januar Informationen online angepasst und die Anwohner wurden mit einem Schreiben über die Verlängerung der Sperrung bis Ende März, also um drei Monate, rasch informiert. Für die schnelle Reaktion möchte ich der zuständigen Regierungsrätin herzlich danken.



Damit hat sich es dann aber schon mit dem Positiven. Aktuell, zwei Wochen vor der Wiedereröffnung, sofern diese Terminangabe dieses Mal stimmt und eingehalten werden kann, ist es noch etwas schlimmer. Ich bin heute Morgen bei der Baustelle durchgefahren oder eben nicht durchgefahren, sondern hingefahren und aktuell stehen jetzt noch neu grosse Schilder, die auf die Umstellung auf eine Einbahnstrasse in der Allmendstrasse hinweisen. Diese Umstellung ist angekündigt per 8. April. Die Autofahrer sind maximal verwirrt, es sieht so aus, als könnte man nun weder geradeaus noch links noch rechts fahren. Mit dieser Umstellung hätte man wirklich noch etwas warten müssen, diese wenigen Wochen, dass es nicht noch mehr verwirrt, es ist ein richtiger Schilderwald.

Nun gut, kommen wir zu den Antworten der Regierung. Ich kann es leider nicht anders sagen, aber die Antworten der Regierung sind hier eine Fülle von billigen Ausreden. Erstens wird gesagt, es handelt sich um eine grosse, komplexe Baustelle und bei solchen Baustellen ist die Planbarkeit sehr schwierig. Ja, es war eine grosse Baustelle, sie mag auch ihre Tücken haben, aber es ist kein Aeschenplatz oder Bankverein und es wurde ja eben die ganze Strasse gesperrt, es ist nur der Bus durchgefahren. Entsprechend war es ja einfacher.

Dann wird das schlechte Wetter als Ausrede genommen. Als drittes wird angegeben, es hat Verzögerungen aufgrund verspätet angemeldeter Interessen an Fernwärmeanschlüssen gegeben, die erst im Laufe der Arbeiten angemeldet wurden. Dann wird noch bemerkt, dass es deutlich mehr Anschlüsse gab, die erneuert werden mussten als geplant, und schliesslich werden die Verzögerungen bei der Lieferung und häufige Niederschläge, also nochmals Wetter, als Grund angegeben.

Frau Regierungsrätin, ich habe während meinem Studium auf Baustellen gearbeitet. Ich habe gesehen, wie diese arbeiten und wie die Abläufe sind und wie die Planbarkeit sind. Mit diesen Eventualitäten kann man planen, Verspätungen kann man aufholen, insbesondere wenn es so eine lange Baustelle ist, da muss man solche Dinge einfach mitberücksichtigen. Die Planung hier war einfach schlecht und die Kommunikation auch. Die angegebenen Gründe erachte ich einfach als billige Ausreden, vorgeschobene Gründe, welche diese schlechte Planung, schlechte Vorbereitung, schlechte Ausführung und zusätzlich diese schlechte Kommunikation verschleiern sollen. Und es ärgert mich, weil wir werden hier für dumm verkauft. Ich möchte kurz auf diese fünf Gründe eingehen, die ich vorher genannt habe, die in der Antwort genommen werden.

Erstens, zur Komplexität. Es handelt sich um eine lange, gerade Strasse, die zudem gesperrt wurde. Es gab keine Umgestaltung, es gab keine grossen Kreuzungen, es war eigentlich eine nicht so komplexe Baustelle. Nicht komplex, Ausrede.

Zweitens, Wetter und Planbarkeit. Dass es schlecht Wetterperioden gibt, ist bekannt, völlig normal, muss mitberücksichtigt werden und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man das in der Planung mitberücksichtigt und dass das, genau Schlechtwetter, am Ende einer Baustelle dazu führen soll, dass es zu so langen Verzögerungen kommt, ist schlicht nicht ernst zu nehmen. Zudem, Klimaerwärmung, wenn es wärmer ist, friert der Boden weniger oft. Es ist also so, dass man hier länger bauen kann.

Drittens, die Fernwärmeanschlüsse. Also hier hat man schlecht kommuniziert, hat man hier keine Fristen gesetzt, bis wann man das anmelden muss? Also auch hier, da ist doch etwas schief gegangen, das ist doch keine Begründung für eine Verspätung. Auch diese deutlich mehr Anschlüsse, die erneuert werden mussten, da hat man schlecht vorbereitet. Man kann doch nicht so überrascht werden, dass es zu einer derartigen Verschiebung kommt. Drei Monate ist nicht wenig und auch die Lieferengpässe, sorry, das ist einfach eine Ausrede, auch das muss einfach miteingeplant werden, wenn man frühzeitig hier plant.

Also ich bin hier nur teilweise sehr bedingt zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **45. Motion Daniel Albiez und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Bericht des RR**

[18.03.26 16:40:12, 24.5396.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als Fraktionssprecher eingetragen hat sich Daniel Albiez für die Mitte-EVP.



*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Michael Hug und ich haben diese Motion eingereicht, weil wir aus der Praxis immer wieder dasselbe hörten. Das BGI ist für Architekt\*innen, Planer und Bauherrschaften zur Blackbox geworden. Man weiss nicht, wer zuständig ist, muss jedes Mal von vorne erklären, was man vorhat, und es fehlt die verlässliche Ansprechperson, die ein Projekt kennt und begleitet und auch mit den Gegebenheiten des betreffenden Quartiers vertraut ist.

Das Gebietsprinzip respektive dessen Beibehaltung hätte genau dieses Problem gelöst. Seine Abschaffung war unter dem Eindruck des akuten Personalmangels als Sofortmassnahme nachvollziehbar, aber als sich die Personallage entspannte, geschah nichts. Deshalb haben wir politisch eingegriffen, auch wenn uns bewusst war, dass wir damit tief ins operative Geschäft der Verwaltung eingreifen.

Der Regierungsrat hat nun auf die Motion reagiert und Massnahmen ergriffen. Das erkennen wir an. Aus Gesprächen mit der Branche, mit Planenden, Architekten und Bauherrschaften wissen wir aber, dass die Massnahmen, so wie sie jetzt angelegt sind, nicht vollständig überzeugen. Drei Punkte stechen hervor.

Die erste Massnahme, nämlich die durchgängigen Beratungen, sichert die Kontinuität der Ansprechperson nur bis zur Einreichung des Baugesuchs. Was die Praxis aber braucht, ist Kontinuität während des gesamten Verfahrens, von der ersten Vorbesprechung bis zum rechtskräftigen Entscheid. Das war die Erwartung, die aus Branchenkreisen formuliert wird und sie ist im Bericht des Regierungsrats nicht eingelöst.

Zweitens, die Spezialisierung für komplexe Vorhaben und für Gebiete mit besonderen Rahmenbedingungen, beispielsweise das Bruderholz oder die Landgemeinden, ist zwar erwähnt, aber nicht verbindlich festgelegt. Genau dort ist die Expertise aber besonders entscheidend.

Drittens, das Change-Projekt mit externer Begleitung ist angelaufen, aber es fehlen Zeitplan und messbare Ziele. Wann sehen wir Ergebnisse und wer überprüft sie.

Dazu kommt ein grundsätzlicheres Problem, das mir aus der Branche gemeldet wird. Es fehlt nach wie vor an Offenheit und Transparenz im Bewilligungsverfahren. Planende und Bauherrschaften wissen oft nicht, wo ihr Gesuch steht und wann mit einem Entscheid zu rechnen ist. Das führt zu Verunsicherung, unnötigem Aufwand und Leerläufen. Eine Baubehörde sollte sich als Dienstleisterin verstehen, die Planen und Bauen ermöglicht. Das ist heute leider noch nicht überall spürbar.

Und dann etwas Grundsätzliches. Die Gebietszuteilung ist in einer Stadt unserer Grösse ein effizientes und gutes Prinzip und ich möchte darauf hinweisen, dass eben auch schon in anderen Ämtern vom Gebietszuteilungsprinzip abgewichen wurde und ich meine eben nicht nur zum Vorteil. Das Betreibungsamt hat früher auch gebietsweise zugestellt und irgendwann hat jemand entschieden, dass jetzt nicht mehr die Zustellung nach Gebieten erfolgt, sondern nach Schuldern und ihren Nachnahmen. A bis F, Sonderzeichen und Zahlen, ist ein Team, dann Nachnahmen G, H, J bis O ist das zweite Team und das dritte Team sind die Nachnahmen P bis Z. Und das hat dazu geführt, dass nun eine Person Zustellungen machen muss von Chrischona bis zum Bruderholz, je nachdem, was für einen Nachnamen eine Person hat. Und das führt zu Vermehrung von Wegzeiten und diese Zeit fehlt dann für die Spezialaufgaben wie Recherchen und Nachforschungen. Also hier war die Abkehr vom Gebietszuteilungsprinzip aus meiner Sicht suboptimal.

Zusammengefasst, wir stellen uns nicht gegen die Abschreibung der Motion, dies zur Beruhigung an die Baudirektorin, wir stellen uns nicht dagegen, nicht weil wir vollständig befriedigt wären, sondern weil die zuständige Regierungsrätin eine Richtung eingeschlagen hat, die wir konsequent begleiten werden. Ein Festhalten an der Motion würde uns formell tatsächlich in eine schwierige Lage bringen. Die Organisation der Verwaltung bleibt Sache des Regierungsrats, das ist richtig. Aber wir halten für das Protokoll fest, wir erwarten, dass die Kontinuität der Ansprechperson künftig das gesamte Verfahren umfasst, von der ersten Vorbesprechung bis zum rechtskräftigen Entscheid. Zweitens, wir erwarten, dass das Change-Projekt konkrete und überprüfbare Ergebnisse liefert. Drittens, wir behalten uns vor, erneut mit einem parlamentarischen Vorstoss aktiv zu werden, sollte die Umsetzung hinter den Erwartungen zurückbleiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Im letzten Votum zu dieser Motion habe ich einige Punkte kritisiert und mich über das BVD ausgelassen. Es gab in der Zwischenzeit Bemühungen vom BVD, ein wenig etwas zu verbessern, aber eigentlich ist das Resultat für mich oder für uns immer noch nicht zufriedenstellend. Es fehlt leider immer noch an einer Bereitschaft, Kritik entgegenzunehmen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Da wird gemauert, gesperrt, die Motion als rechtlich nicht zulässig erklärt. Man macht es sich einfach, ja, so tickt das halt dort. Aber auch das BVD muss sich bewegen und sich immer den neuen Situationen anpassen und das geht nur im Austausch und in der Bereitschaft dazu.

Sicher, das Bewilligungsverfahren wird immer komplizierter und es dauert leider immer länger und sicher ist der Grosse Rat an dieser Situation nicht unbeteiligt mit immer neuen Auflagen, die eine Ordnung oder ein Gesetz nach sich ziehen. Irgendwann werden wir vor lauter Auflagen und Gesetzen kaum noch bauen können, die Kosten werden kaum noch



bezahlbar sein. Das zeigt sich ja schon im immer teurer werdenden Wohnungsbau. Ja, eigentlich droht eine Blockade, aber vielleicht braucht es das dann, dass sich etwas ändert. Man kann die Motion abschreiben, denn sie führt nicht zum Ziel.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielen Dank auch für die Voten und für die Anerkennung, dass gewisse Massnahmen ergriffen wurden. Das ist tatsächlich so. Wir haben uns mit den Fachverbänden an einen Tisch gesetzt und nach Lösungen gesucht. Das Gebietsprinzip ist heute nicht mehr in der gleichen Form sinnvoll wie früher. Es sind einfach mehr Bauinspektoren, Bauinspektorinnen, es gibt mehr Leute, die Teilzeit arbeiten. Ich glaube, Sie hätten nicht so Freude, wenn Sie eine Architektin wären und im Neubad einreichen möchten, und es sind die beiden Personen, die dort für das Gebiet zuständig sind, gerade überlastet. Man ist zu wenig flexibel, man kann nicht gut reagieren, also die Gebietszuständigkeit in dieser starren Form macht wenig Sinn.

Was aber Sinn macht, und ich bin froh, dass Sie mich da, Herr Albiets, darauf aufmerksam gemacht haben, dass das in der Beantwortung nicht ganz klar ist, es ist so, dass wir natürlich nach Möglichkeit nicht nur in den Vorberatungen, sondern auch nachher, wenn das Baugesuch eingereicht wird, und von da aus sowieso bis zum Schluss, die gleiche Person einsetzen. Wir machen das auch in absolutem Eigeninteresse. Es kostet viel Zeit, wenn sich eine Person wieder in ein Baugesuch einlesen muss, also deshalb, wir haben nicht nur neu jetzt sichergestellt, dass in den Vorberatungen diese Durchgängigkeit besteht, sondern nach Möglichkeit auch nachher. Mit der Einführung des digitalen Baubewilligungsverfahrens, das ist erst zwei Monate her, haben wir jetzt einen entscheidenden Schritt gemacht, dass das schneller vorwärtsgeht, auch transparenter ist. Ich denke, da werden wir die Effekte sehr bald spüren.

Justierungen nehmen wir laufend vor und es ist auch klar, wir möchten eine gewisse Spezialisierung beibehalten. Wenn jemand schon einen Laborbau gemacht hat, ist es sinnvoll, dass diese Person den zweiten und den dritten Laborbau auch macht oder auch in einem gewissen Gebiet tätig gewesen ist, sich in Riehen auskennt, usw., das sind alles Faktoren, wie wir die Fälle zuteilen. Die Fälle werden nicht zufällig zugeteilt, also 32 bekommt jetzt Bauinspektor Nummer 3, sondern der Fall wird angeschaut und der Person, die sich am meisten eignet und natürlich auch frei ist, die Kapazität hat, zugeteilt. Also da sind wir ständig dran.

Parallel dazu, Sie haben auch, Herr Hettich, die Komplexität des Baubegehrens nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz angesprochen. Das ist ein Arbeitsstrang, den wir weiterverfolgen. Letzte Woche hat ein sehr interessanter Anlass des SIA Basel stattgefunden zum Thema Gebäudetyp E, also experimentelles oder einfaches Bauen, da wurden verschiedene Lösungswege skizziert. Auch die BRK beschäftigt sich ja mit diesem Thema und ich denke, da müssen wir dranbleiben, denn sogar schweizweit gibt es eine Taskforce, wie man Bauen wieder einfacher machen soll, weil wir sonst Mühe haben, den benötigten Wohnraum in der ganzen Schweiz, in allen Städten zu erstellen. Und wir möchten ja nicht, dass zu viel weiterhin die grüne Wiese zugebaut wird, also Verdichtung ist wirklich ein wichtiges Stichwort.

Sie sehen, ich bin mir absolut bewusst, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht, auch beim BGI bleiben wir an den Prozessen dran und verbessern, was wir immer können, und auch an den materiellen Gesetzen werden wir weiterhin arbeiten und Vorschläge bringen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

#### **46. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Zwischenbericht des RR**

[18.03.26 16:50:18, 23.5272.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erster Fraktionssprechender für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Der «Chrüzlistich» ist eindeutig, ich möchte aber doch noch ein paar Worte zuhanden der Regierung verlieren. Zwei Jahre Zeit, um einen weiteren Bericht vorzulegen, wir erwarten allerdings, dass da wirklich alle Fragen beantwortet werden. Wir verlangten eine gesamtheitliche Beurteilung für alle Verkehrsteilnehmer, ist in dieser Antwort nicht ersichtlich. Ein Lösungsvorschlag ja, tatsächlich, die Regierung hat kurzfristig reagiert, eine Teileinbahnstrasse eingeführt, aufgezeigt, dass das zu einer Verbesserung der Sicherheit führt. Wir anerkennen diese kurzfristige Massnahme, auch wenn ich selbst von den Autorealisten kräftig Haue bekommen habe, aber das ist der Preis, den man zahlt für Engagement. Die dritte Forderung, Miteinbezug der Bevölkerung ist noch nicht erfüllt, dann aber der verbindliche Terminplan, der gefordert wird, da wird es abenteuerlich, da wird sogar noch der Umbau der Margarethenbrücke verwendet und eingesetzt, um eine Verzögerung zu rechtfertigen.

Es dauert halt in diesem Departement schon alles sehr, sehr lange. In der ersten Version meines Manuskripts hatte ich einen Satz, ob nicht vielleicht BVD für Bau- und Verzögerungsdepartement steht. Ich habe mich entschieden, diesen Satz nicht zu sagen und viel lieber das Positive zu erwähnen. Ja, das BVD hat das Anliegen der Motion aufgenommen, anerkennt, dass es sich um eine Kreuzung mit grossem Gefahrenpotenzial handelt, ist an einer Vorstudie für die Thiersteinerallee, soll im 2026 abgeschlossen sein, dann werde auch noch die Bevölkerung inbegriffen sein.

Das tönt gut, also wie gesagt, es ist richtig, dass wir die Frist erstrecken. Wir erwarten aber von der Regierung in zwei Jahren viel konkretere Aussagen, speziell über den Terminplan und dort, wo möglich, auch konkrete Massnahmen an der Kreuzung zur Verbesserung der Sicherheit vor allem und ganz speziell für die Fussgänger und ich danke Ihnen, wenn Sie zustimmen für die Fristerstreckung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht nur ganz kurz. Vielen Dank, Herr Schaller, ich verstehe Ihre Ungeduld. Ich denke aber, wir sind uns einig, dass Sie auch von unserem Departement erwarten, dass wir im Grossen denken, dass wir die verschiedenen Baustellen, die im Gundeli stattfinden, dass wir die koordinieren, denn jedes Mal, wenn wir eine Tramschiene anfassen, bedeutet das ein Tramunterbruch für längere Zeit und ich denke, Sie würden schimpfen, wenn wir einen Ratschlag oder eine Baustelle präsentieren würden und die verschiedenen Abhängigkeiten beispielsweise mit dem IWB-Abzweiger oder der Neugestaltung der Güterstrasse, wenn wir das nicht miteinander koordinieren würden. Ich glaube, da wären Sie auch der Meinung, dass wir das nicht tun sollten. Deshalb haben wir kurzfristige Massnahmen ergriffen und die langfristigen Planungen möchten wir mit den anderen Baustellen abstimmen und bitten deshalb um die Fristerstreckung um zwei Jahre, um dann auch konkreter werden zu können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

### **47. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:54:45, 22.5120.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erste Fraktionssprechende eingetragen hat sich Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Ich beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, hier stehen zu lassen bei diesem Anzug, dies, weil wir der Ansicht sind, dass es unzureichend dargelegt wurde, dass tatsächlich kein geeigneter Ort für einen solchen Pilot im Kanton Basel-Stadt gefunden werden konnte und weil wir auch der Ansicht sind, dass bei der Peter Merian-Brücke, dort bei dieser Überführung, dass man dort durchaus hätte genauer prüfen können, zumal auch die Sichtweiten verändert



werden mit der künftigen Überführung dort, ob nicht dieser Pilot dort umgesetzt werden kann. Faktisch ist ja schon eigentlich eine solche vortrittsberechtigte Velofurt dort in Betrieb, weil so viele Velofahrende dort die Strasse queren, dass sie faktisch tatsächlich Vortritt haben. Daher hätten wir uns gefreut, wenn man hier tatsächlich ein bisschen mehr versucht hätte, und beantragen Stehenlassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raffaella Hanauer

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008517, 18.03.26 16:57:06]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 73 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen den Anzug abgeschrieben.

### **48. Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:57:23, 19.5282.05]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **49. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:57:46, 21.5739.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



## 50. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, Zwischenbericht des RR

[18.03.26 16:58:09, 21.5475.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich als Fraktionssprecher Oliver Thommen für die GRÜNE/jgb.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Leider ist der Regierungsrat nicht da oder besser gesagt, «nur» in Form von Frau Keller. Deswegen möchte ich Ihnen einfach zwei Dinge mit auf den Weg geben. Sie verlangen eine Fristverlängerung von zwei Jahren. Wir haben vor ein paar Monaten hier Ihr Programm bezüglich Einbindung von Menschen mit Behinderung diskutiert bis 2029. Das sind von mir aus gesehen drei Jahre. Ah, jetzt ist er da. Sie können ja den Anfang noch mitnehmen. Das sind drei Jahre. Wir verlängern die Frist um zwei Jahre, aber in dem Programm für die Stärkung der Rechte mit Behinderung ist diese Motion gar nicht drin oder diese Forderung. Das heisst, sie kommen in zwei Jahren sowieso wieder und verlangen nochmals eine Verlängerung dieses Punktes. Deswegen ist es etwas absurd, dass wir heute beschliessen, die Motion stehen zu lassen.

Dann hätte ich noch eine Frage an den Regierungspräsidenten. Es wird eben gesagt, dass man zuerst abwarten muss, korrekterweise, bis die Stimmrecht 16-Frage geklärt ist und meine Frage hier wäre, wenn es dann eine Abstimmung darüber gibt, wird es dann zwei Abstimmungen darüber geben? Also wird einmal darüber abgestimmt, zuerst über das Stimmrecht 16 und danach über das Stimmrecht für Menschen mit Behinderung oder gedenkt der Regierungsrat, dies in einem Mal zu machen, was ich grundsätzlich falsch fände, weil das dann vermischt würde. Und bisher war der Regierungsrat hier nicht sehr klar, wie das Vorgehen hier wäre, weil wenn dem nicht so ist, dass das zusammenkommt, sehe ich eigentlich keinen Grund, weil hier sehr grosse Einigkeit im Rat besteht, dass der Regierungsrat innerhalb eines Jahres eigentlich eine Vorlage an den Grossen Rat machen könnte, die man zur Abstimmung bringen könnte. Da könnte das Volk jetzt nach sechs Jahren dann langsam endlich entscheiden und das mit dem Stimmrechtsalter 16 können wir uns immer dann noch für das Jahr 2028 aufheben, weil vorher kommt es ja wahrscheinlich sowieso nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich beantrage, dass wir keine Fristverlängerung um zwei Jahre machen. Das ist ein ganz gefährliches Thema betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Ich habe jetzt gelesen, dass die Leute elektronisch abgestimmt haben, auch mit psychischer Behinderung, und dass das nicht geklappt hat. Sie haben es auch in der Zeitung gelesen, also es ist ein ganz heikles Thema. Auch ich habe Erfahrungen mit dieser Geschichte, Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, das wirft man mir auch immer vor, aber ich weise das zurück. Ich möchte also den Antrag stellen, keine Fristverlängerung um zwei Jahre und dass die Sache von Oliver Thommen abgeschrieben wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir gestaffelt die Stimmbevölkerung entscheiden lassen müssen über die verschiedenen vorgeschlagenen Änderungen betreffend die Verfassungsbestimmung. Wir hatten, als die Motion, über die wir jetzt sprechen, für politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung eingereicht wurde, bereits zwei Motionen hängig. Die eine war diejenige für das Ausländerstimmrecht, die dann ja zur Ausarbeitung eines Ratschlags führte und zu einer Volksabstimmung im November 2024. Im Anschluss daran haben wir uns an die Ausarbeitung des Ratschlags für die zweite damals schon überwiesene Motion, nämlich Stimm- und Wahlrechtsalter 16 gemacht. Dieser Ratschlag liegt Ihnen seit letztem Herbst vor. Er ist derzeit in Vorberatung durch die Justiz- und Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates. Und dann im Anschluss, wenn auch dieser Ratschlag durch den Grossen Rat beraten wurde und wenn der Grosse Rat zustimmt zum Ratschlag, dann eine Volksabstimmung über die Verfassungsänderung angesetzt und durchgeführt werden konnte, dann werden wir uns an die Ausarbeitung einer Verfassungsänderung für das Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung machen.

Das dauert lange, zugegeben, wir reden hier von Verfassungsänderungen und wir haben uns seitens Regierungsrat bis jetzt mit Ihrer Zustimmung dafür entschieden, dass wir das konsequent machen und nicht parallel an den verschiedenen



Verfassungsänderungen arbeiten. Man könnte wohl auch parallel arbeiten, das würde allerdings die Sache komplizieren, weil man ja dann nie weiss, an welcher Version der gültigen Verfassungsbestimmung man gerade arbeitet und welche man dann der Stimmbevölkerung vorlegen will. Deshalb glaube ich schon, dass es aus Respekt vor der Beständigkeit der Verfassung und vor allem vor der Einheit der Materie als doch eisernen Grundsatz, gerade wenn es um politische Rechte geht, angemessen ist, dass wir hier entsprechend gestaffelt vorgehen und das braucht, weil es nichts Längeres gibt im Verfahren als eine Verfassungsänderung, entsprechend Zeit.

Deshalb müssen wir hier nochmals mit einer Verlängerung kommen, nochmals um zwei Jahre, Ihnen den Antrag stellen, die Frist für die Erfüllung dieser Motion zu verlängern. Inhaltlich ändert das nichts am Entscheid des Grossen Rates und am Auftrag an den Regierungsrat, einen entsprechenden Ratschlag auszuarbeiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst keine Fristverlängerung gemäss Antrag Eric Weber.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008522, 18.03.26 17:06:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme die Fristerstreckung um zwei Jahre verlängert.

## 51. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie, Schreiben des RR

[18.03.26 17:06:21, 23.5602.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Erster Fraktionssprechender ist Oliver Thommen für die GRÜNE/jgb.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich kann hier auch im Namen von BastA sprechen und bitte Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Der Grund ist einfach, das Mittel, dass man einfach alle Menschen, die stimmberechtigt sind, einmal anschreibt und sie bekommen alle Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ich hatte einmal bis jetzt die Chance im Kanton Basel-Stadt und das war bei den Bürgergemeinderatswahlen. Ich habe das sehr geschätzt und ich denke, dass es viele Menschen auch schätzen, wenn wir uns ein bisschen selbstdisziplinieren mit dem Versenden von Wahlmaterialien. Ich denke, meine Erfahrung zumindest als Kampagnenplaner in Riehen zeigt einfach, dass es auch eine selbstdisziplinierende Wirkung hat, dass man die Leute nicht die ganze Zeit auch im Briefkasten noch belästigt.

Ein Punkt zum Argument des Regierungsrats, dass das viel zu teuer wäre für die Parteien. Wenn man die Rechnung macht, die er hier anstellt, dann würde man bei acht Parteien, die an diesem Versand teilnehmen würden, also das heisst, alle Fraktionen hier, wir haben noch eine Partei mehr, wahrscheinlich wären es neun, dann wären wir bei 14'000 Franken pro teilnehmende Partei an diesem Versand, was es kosten würde. Ich gehe davon aus, dass es vielleicht sogar noch die eine oder andere mehr wäre, weil wenn Sie einen Versand bei der Post machen, der an alle Haushalte geht, kostet das 20'000



Franken. Also jede Partei wäre blöd, das nicht zu machen, weil sie würde 6'000 Franken sparen oder könnte sie irgendwie anders investieren. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Vorteil, weil sie alles gebündelt erhalten würden. Vielleicht einzig ein Punkt, den ich mir selber auch nicht überlegt habe, aber jetzt als Rückmeldung erhalten habe, ist, dass natürlich der Nachteil da wäre, dass dann nur diejenigen, die stimmberechtigt sind, die Wahlunterlagen oder die Wahlflyer der Parteien erhalten würden und alle anderen nicht. Aber ich denke, es gibt genug andere Wege, wo diese Personen auch mit den Wahlinformationen in Kontakt kommen würden.

Wir bitten Sie also, diesen Anzug stehen zu lassen und den Regierungsrat hier nochmals zu arbeiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich darf auch nicht nur für die SVP-Fraktion, sondern auch für die Fraktion der Liberaldemokraten und die Fraktion Mitte-EVP sprechen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und diesen Vorstoss von Herrn Thommen abzuschreiben. Es hat tatsächlich bei der Erstüberweisung auch in unserer Fraktion Unterstützung gegeben dafür, dass wir uns das einmal vom Regierungsrat überprüfen lassen. Wir haben gefunden, die Antwort des Regierungsrates ist sehr plausibel und wir sind auch der Ansicht, dass der Mehrwert letztlich auch für die Parteien nicht sonderlich gross ist.

Der Regierungsrat führt in seiner Antwort, in seiner Stellungnahme aus, was es auch für Restriktionen dann gäbe für die Parteien, wenn man einen solchen standardisierten Versand durch den Kanton hätte. Es wäre ja, ich nehme an, das sieht Thomas Thommen auch so, nicht ganz so wie in der Gemeinde Riehen, wo dann irgendwie je sechs eifrige Helferinnen und Helfer am Morgen einmal in einem Saal um die Tische laufen, um dann dieses Wahlmaterial einzupacken, sondern das müsste angesichts der Menge, wir reden hier doch von aktuell, glaube ich, 92'000 Stimmberechtigten, eine organisierte Verteilung oder eine organisierte Einpackaktion sein, die nicht durch die Parteien organisiert werden könnte.

Und dann gäbe es nebst diesem Aufwand, den wir dem Kanton übertragen, da kann man der Meinung sein, der Kanton soll das machen respektive in Auftrag geben, dass das gemacht wird, gibt es weitere Einschränkungen. Der Regierungsrat teilt das mit in seiner Stellungnahme. Es gäbe Auflagen betreffend das Format dieser Wahlunterlagen, wahrscheinlich auch bezüglich der Grösse, also wie viele Seiten eine solche Broschüre, ein solcher Flyer haben sollte. Und dann sind wir dann schon sehr in einem Bereich, in dem wir finden, wo der Kanton Vorgaben machen müsste, die wir dann nicht mehr unbedingt gutheissen könnten.

Herr Thommen hat die Kosten angeführt. Das ist tatsächlich so, das kostet etwa 20'000 Franken, ein solcher Versand über die Post. Sie müssen diesen Versand ja aber nicht machen, sie sind selbstverständlich frei, auch andere Wege zu beschreiten, Sie können es selber verteilen, es gibt auch auf dem Markt noch andere Anbieter, zugegebenermassen nicht ganz so zuverlässige wie die Post, das ist klar, aber wir sind ja hier nicht gebunden, das als Partei zu machen. Die Parteien sind eigenständig und selbstverantwortlich, wie sie ihre Wahlpropaganda unter die «Leute» bringen sollen, deshalb halten wir diesen Mehrwert für sehr gering.

Und ich muss auch tatsächlich sagen, ich weiss nicht, Herr Thommen, ob Sie mit dieser Idee am Schluss des Tages mehr Menschen erreichen. Ich persönlich habe ein wenig das Gefühl, und da bin ich nach so vielen Jahren Parteiarbeit vielleicht auch ein bisschen desillusioniert, diese Flyer werden dann halt schon auch sehr oft einfach aus dem Brief- oder Milchkasten direkt ins Altpapier geworfen, sofern sie denn überhaupt vom Briefkasten den Weg in die eigene Wohnung finden. Und wenn man das dann in einem solchen Couvert bekommt, weiss ich nicht, ob dann einfach das Couvert quasi 1:1 ins Altpapier wandert. Ich glaube nicht, dass dieser Versand im Kanton über ein Couvert des Kantons dann letztlich die Demokratie fördert und das Interesse an der Demokratie steigen würde.

Und der letzte Punkt, das hat Herr Thommen ja selber auch als Schwäche dieses Vorstosses nun angegeben, Sie würden natürlich tatsächlich mit diesem Versand an alle Stimmberechtigten letztlich all jene ausschliessen, die nicht stimmberechtigt sind im Kanton Basel-Stadt, die natürlich diese Unterlagen oder diese Flyer dann auch erhalten. Wenn man es weiterhin mit der Post oder mit jemand anderem Privaten verteilen lässt, werden diese dann nicht mehr bedient. Ob das dann zur Demokratie beiträgt, weiss ich nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass der eine oder andere durchaus auch Interesse daran hat, diese Unterlagen zu sichten, der nicht hier im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigt ist, aber zum Beispiel bereits auf dem Weg dazu in einem Einbürgerungsverfahren sich befindet.

Deshalb glauben wir, ist der Mehrwert nicht sonderlich gross, der Aufwand für den Kanton doch erheblich und ich glaube, die Staatskanzlei hat in Bezug auf Wahlen organisieren noch die eine oder andere grössere Pendezenz zu erledigen. Ich würde jetzt ungern der Staatskanzlei noch weitere Aufgaben in diesem Bereich zuteilen. Deshalb, halten wir doch an unserem bewährten System fest. Letztlich haben Sie auch andere Wahlunterlagen, die Sie in Ihrem Briefkasten finden werden, denn jeder einzelne Kandidat, jede Kandidatin kann ja trotzdem auch noch einen Flyer in ihrem Wahlkreis verschicken lassen.



Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und den Anzug heute abzuschreiben. Die Zwischenfragen nehme ich gespannt an.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Daniel Seiler als erster.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich weiss nicht, ob Sie ein bisschen Angst haben, dass es am Schluss Einheitsbrei gibt, wenn es am Schluss das gleiche Format geben würde. Also das finde ich ein bisschen eine einfache Ausrede. Finden Sie das nicht?

*Joël Thüring (SVP):* Der Regierungsrat argumentiert unter anderem so in seinem Anzug und ich kann das bis zu einem gewissen Grad unterstützen, aber es überrascht mich, David Seiler, dass gerade Sie sich da jetzt so dagegen wehren. Sie sind doch jemand, der sehr dafür ist, dass der Staat möglichst wenig organisiert und wenig Vorschriften macht. Deshalb sollte das Abschreiben in Ihrem Interesse sein.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Wäre die Zuteilung einer bewältigbaren Aufgabe nicht im Sinne moderner Pädagogik aufbauend und motivierend für die Staatskanzlei?

*Joël Thüring (SVP):* Ich weiss nicht, das müsste vielleicht der Regierungspräsident im MAG mit der Staatsschreiberin einmal klären.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Brigitte Gysin als Einzelsprecherin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Ich möchte gerne ergänzend zum Votum von Joël Thüring kurz noch die Perspektive einer eher kleineren Partei mit nicht so grossen finanziellen Mitteln sprechen. Im Votum von Oliver Thommen klang es für mich, als wäre es ja selbstverständlich, dass alle einen Postversand machen und darum dumm wären, jetzt bei einem solchen Versand nicht mitzumachen. Ich möchte sagen, für eine kleine Partei ist ein Postversand so im Abwägen, wo investiert man das Geld, eher etwas, was wir bisher zum Beispiel als EVP nicht gemacht haben. Das heisst, wenn aber jetzt so ein gemeinsamer Versand besteht, dann muss man ja doch offen sagen, dann wäre man tatsächlich dumm, nicht mitzumachen, aber nicht, weil es billiger ist als anders, sondern einfach, wenn man da nicht im Couvert ist, ist man wahrscheinlich dann für jene, die es nicht direkt ins Altpapier wandern lassen, irgendwie gar nicht richtig dabei bei diesen Wahlen. Und ich zweifle darum auch, dass andere Parteien, die nicht hier im Grossen Rat sind und noch kleiner sind, dann die Möglichkeit haben, sich dabei zu beteiligen, denn zu den Versandkosten kommen ja dann auch noch die Druckkosten. Wir haben als EVP noch nie 90'000 Flyer gedruckt. Es ist heutzutage nicht allerwelts teuer, aber es ist doch auch ein Posten, ein Faktor, der zu bedenken ist. Das heisst, ein Stück weit wird vielleicht damit auch eine andere Ungleichheit geschaffen, wenn ein solcher Versand erfolgt. Darum bitte ich auch, abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wenn man sich das ein bisschen überlegt, bekomme ich grosse Angst bei diesem Vorstoss von Oliver Thommen. Stellen Sie sich vor, Herr Thommen, Sie haben ja gesagt, rechtsradikaler Grossrat, mein Prospekt wird dann abgelehnt wegen Rassismus und mein Prospekt ist nicht im Couvert. Stellen Sie sich einmal vor, Oliver Thommen, was wir uns dann für Probleme einhandeln würden, wenn die Regierung sagt, von dieser Partei der Arbeit kommt es nicht rein, weil das angeblich zu links ist, und von Eric Weber kommt es auch nicht rein, weil das angeblich rassistisch ist. Was passiert dann? Also da bauen wir dann Sachen auf, die wir gar nicht wollen. Das wollte ich einfach sagen.

Und Oliver Thommen, Sie haben gesagt, die Leute würden sich belästigt fühlen, wenn sie da so einen Wahlflyer im Briefkasten haben. Mein Gott, dann dürfen Sie keinen Briefkasten haben, Oliver Thommen. Ich habe ein Postfach. Also wir dürfen den Antrag Oliver Thommen nicht stehen lassen. Ich bin jetzt froh, heute habe ich Sie kennengelernt.



Zu Joël Thüring, meinem Lieblingspolitiker, er hat auch richtig gesagt, abschreiben. Die Einpackaktion ist zu teuer und dann ist ja die Frage, wer darf oben liegen? Ich würde dann sagen, der dienstälteste Grossrat, Eric Weber, darf oben liegen. Wenn Sie das auspacken, das ist so ein dicker Stapel, 30 Heftchen, wer darf dann oben liegen? Ist es die Liste 1? Ich weiss gar nicht, wer die Liste 1 ist, ich glaube, das war die PdA. Ich weiss es nicht. Wer darf oben liegen, solche Fragen kommen. Ich habe die Erfahrungen, Oliver Thommen, fünf Mal gewählt, drei Mal nicht gewählt, das sind acht Grossratswahlen gewesen, und da habe ich die Erfahrung. Das wollte ich noch sagen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Über die Sinnhaftigkeit eines solchen gemeinsamen Wahlversands kann man geteilter Meinung sein. Ich kann einfach aus der Erfahrung als Einwohner in Riehen berichten, es ist nicht so, dass man dann nur dieses Couvert bekommt, sondern man bekommt noch ganz viel anderes, was ich jeweils mit grossem Interesse natürlich dann studiere.

Das ist aber nicht die Argumentation des Regierungsrats, es steht uns ja auch nicht zu, Ihnen zu erklären, wie Sie Wahlkampf am besten machen sollen. Wir argumentieren ja recht formell und stellen fest, dass wir nach der jetzigen Verfassungs- und Gesetzeslage keine Möglichkeit sehen für eine Art von staatlicher Parteienfinanzierung und die Finanzierung eines solchen gemeinsamen Versands wäre eine Parteienfinanzierung. Das führt dazu, und das wurde auch nicht bestritten, dass die Vollkosten dieses Versandes von den teilnehmenden Parteien zu tragen wären. Wir haben da so Kostenschätzungen Ihnen aufgeschrieben. Meine Vermutung ist, dass der Kanton das jetzt nicht unbedingt am günstigsten macht von allen möglichen Anbietenden. Dass Sie das trotzdem dem Kanton anvertrauen wollen teilweise, das erfüllt mich mit Dankbarkeit in das Vertrauen in die Effizienz unseres Kantons, dennoch darf man sich schon fragen, ist denn das eben jetzt in der Lage, wo wir keine gesetzliche Parteienfinanzierung kennen, eine staatliche Aufgabe, diesen Versand zu koordinieren. Wenn das Konzept so überzeugend ist, dann steht ja den Parteien auch frei, sich da zusammenzutun und eben möglicherweise das sogar noch günstiger bewerkstelligen zu können, als es der Kanton mit all den Anforderungen, die er erfüllen müsste, könnte. Das ist der Hauptgrund, dass der Regierungsrat sich jetzt ein drittes Mal, wir hatten ja schon Anzüge 2008 und 2014, gegen dieses Anliegen wehrt, einer staatlich koordinierten Versandaktion vor den Wahlen.

Ein weiterer Grund ist auch ein inhaltlicher, es würde sich dann die Frage stellen, inwieweit der Kanton verpflichtet ist, die Inhalte von Wahlflyern zu prüfen, was da die Kriterien sind. Da sind wir in seichtem Gewässer und in den Untiefen der Auslegung. Das würde möglicherweise dann auch wieder Anfechtungen geben und dann sind die Wahlen schon vorbei. Also das ist alles nicht ganz so einfach. Das ist übrigens auch der Grund, warum, und das wurde heute gar nicht thematisiert, ist aber auch Teil des Vorschlags des Anzugs, das ist auch ein Grund, dass der Regierungsrat gegen eine Verknüpfung der Parteiwebseiten mit den Wahlzetteln ist über einen QR-Code, weil wir einfach der Meinung sind, der Wahlzettel muss ganz neutral sein und darf auch nicht indirekt Links erhalten zu Parteiwebseiten. Deshalb auch diese Idee, die natürlich günstiger zu haben wäre, sieht der Regierungsrat nicht als tauglich an und bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Oliver Thommen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008529, 18.03.26 17:23:43]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 62 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung den Anzug stehen gelassen.



## 52. Motion Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Stellungnahme des RR

[18.03.26 17:23:52, 25.5321.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Der Regierungspräsident verzichtet auf ein Votum. Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, auf diese Motion nicht einzutreten und sie heute als erledigt abzuschreiben. Wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates liest, das habe ich getan, dann muss man eigentlich feststellen, dass der Regierungsrat ja in dieser Motionsbeantwortung festhält, dass er diese Idee im Rahmen der Umsetzung des neuen Kulturleitbildes versucht umzusetzen. Weshalb nun der Regierungsrat möchte, dass ihm die Motion zur Erfüllung überwiesen wird, obschon er ja bereits zugesagt hat, dass er in diesem Bereich auch einen Schwerpunkt im neuen Kulturleitbild setzen will, erschliesst sich der SVP-Fraktion nicht.

Wir sind in dieser Thematik grundsätzlich offen, wir möchten dies aber dann im Rahmen der Diskussion über das Kulturleitbild, wir haben ja hier eine Vernehmlassung, die abgeschlossen ist und nun beim Regierungsrat zur Ausarbeitung oder zur weiteren Bearbeitung vorliegt, wir möchten diese Diskussion im Rahmen des Kulturleitbildes dann führen, weil wir schon auch ein bisschen aufpassen müssen, dass wir von einer Erinnerungskultur nicht in eine von linker Seite leider auf dieser Welt sehr gängigen Schuldkultur übergehen. Und das ist natürlich vielleicht auch ein bisschen Teil des Gedankens Einzelner, die diesen Vorstoss unterschrieben oder unterstützt haben. Wir haben, der Regierungsrat schreibt dies ja auch in seiner Stellungnahme, diverse Vorstösse überwiesen an den Regierungsrat zu Themen, wo wir der Ansicht sind, wo das Parlament der Ansicht war, dass es sinnvoll ist, wenn hier auch im öffentlichen Raum eine entsprechende Information stattfindet. Aber wie nun in diesem weitergefassten, doch sehr breit formulierten Thema der Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum dann gearbeitet werden soll, soll doch bitte wirklich im Rahmen dieser Diskussion über das Kulturleitbild weiter diskutiert werden.

Deshalb diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen, erscheint uns daher nicht notwendig zu sein. Wir bitten den Regierungsrat auch im Rahmen dann des bald wahrscheinlich endgültig vorliegenden Kulturleitbildes das durchaus auch dahingehend zu bedenken, dass wir nun nicht den gesamten öffentlichen Raum zu einer historischen Stätte machen, dafür, glauben wir, gibt es dann auch andere Möglichkeiten respektive auch neuere Formen und es braucht hier sicherlich auch eine gewisse Toleranz gegenüber dem, wie man vielleicht früher gelebt hat und wie man heute lebt und dann auch vielleicht dort nicht mit dem allzu grossen Mahnfinger durch die Geschichte laufen muss.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion heute als erledigt abzuschreiben im Wissen, dass der Regierungsrat ja im Rahmen des Kulturleitbildes das Anliegen von Oliver Thommen und Tim Cuénod entsprechend auch schon aufgenommen hat oder sicher noch vertieft auch aufnehmen wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* David Jenny hat sich als Fraktionssprecher eingetragen.

*David Jenny (FDP):* In aller Kürze, ich glaube, das Argument mit dem Kulturleitbild kann hier nicht ziehen, denn das Kulturleitbild nehmen wir einfach zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis, da können wir nicht etwas Einzelnes machen und da können wir auch keinen Auftrag dem Regierungsrat erteilen. Also ich glaube, wir müssen schon nicht sagen, wir können es irgendwo anders diskutieren, wir diskutieren es hier und jetzt. Wir haben uns entschieden, das nochmals zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Tatsächlich rennt die Motion offene Türen ein und das ist ja auch durchaus gut so. Der Regierungsrat will ohnehin ein entsprechendes Konzept ausarbeiten. Er wird das im Kulturleitbild, das allerdings ja auch noch nicht beschlossen ist vom Regierungsrat, festhalten. Das Kulturleitbild wird Ihnen ja dann auch zur Kenntnisnahme unterbreitet, kann also hier auch diskutiert werden. Klarerweise ist aber natürlich ein zusätzliches Signal via Motion des



Grossen Rates nochmals eine klare demokratiepolitische Unterstützung für das Anliegen und stärkt es deshalb und deshalb bitte ich Sie auch namens des Regierungsrats, die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung. Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung der Motion.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion. NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008531, 18.03.26 17:30:14]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 81 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

### **53. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:30:23, 22.5023.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **54. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:30:45, 23.5651.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Fleur Weibel als Fraktionssprechende für die GRÜNE/jgb.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Ich möchte nur kurz etwas dazu sagen. Wir beantragen ja ebenfalls, den Anzug abzuschreiben. Dies nicht, weil wir das Anliegen nicht sinnvoll fänden, die Massnahmen, die im Kleinbasel im Moment umgesetzt werden oder auch in Zukunft umgesetzt werden, dass die nicht auch wissenschaftlich begleitet werden könnten. Aus unserer Sicht ist nach wie vor sehr vieles unklar. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass der Regierungsrat offensichtlich überhaupt kein Interesse daran hat, sich auf das Anliegen einzulassen oder wissenschaftliche Erkenntnisse miteinzubeziehen und aus



diesem Grund scheint es uns auch nicht sinnvoll, den Anzug jetzt nochmal stehen zu lassen, da, wie gesagt, keinerlei Offenheit seitens Regierungsrat besteht. Das Einzige, was ich irgendwo nicht so ganz verstehe an der Antwort des Regierungsrates, abgesehen davon, dass Sie schon alles wissen und deshalb kein Interesse an weiteren Massnahmen haben, ist, warum Sie zwei Jahre gebraucht haben für die Beantwortung dieses Anzugs. Das wäre sicher auch schneller gegangen, da wahrscheinlich von Anfang an klar war, dass sich die Regierung nicht darauf einlässt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

**55. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:32:43, 23.5592.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

**56. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:33:04, 25.5590.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich kann es kurz machen, ich bin mit der Antwort zufrieden und ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, dem Regierungsrat zu danken für sein Engagement gegen die unsägliche Halbierungsinitiative, die kürzlich zum Glück abgelehnt wurde.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

**57. Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:33:51, 26.5022.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin mit der Antwort nicht einverstanden. Ganz kurz, zwei Sätze. Einmal heisst es, Name, Vorname und Unterschrift muss man selber schreiben, aber die Strasse darf jemand anders schreiben. Und dann ist es ganz gefährlich, wenn so etwas nur online ausgefüllt werden darf, da sehe ich eine grosse Gefahr, das wollte ich sagen. Ich bin überrascht, dass in zwei Jahren schon wieder Wahlen sind. Man müsste eigentlich eine Legislaturperiode auf fünf Jahre machen, das wäre besser, oder wie im Stadtrat München auf sechs Jahre.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **58. Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:35:12, 26.5045.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich nehme es vorweg, ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Wie gewohnt werden natürlich nur genau die Fragen beantwortet, die man stellt und nicht weiter, aber eben wie gewohnt müsste ich langsam wissen, dass ich immer noch die Folgefrage stellen muss für sämtliche Eventualitäten.

Verschiedene Punkte dazu. Was die Tonalität der Schreiben anbelangt, ist es gut zu hören, dass das koordiniert wird und auch periodisch überprüft wird. Dennoch gibt es dort immer wieder Fälle, die einfach ein bisschen Fragezeichen aufkommen lassen, so zum Beispiel, wenn bei einer Stiefkindadoption das erste Zeilen des Briefs ist, dass sofort die Geburtsurkunde zugestellt werden muss, ohne irgendein vorhergehendes kurzes Gratulieren dazu, dass das jetzt geklappt hat, wohlwissend, dass solche Prozesse sehr, sehr lange dauern können. Da fände ich, es wäre einfach angebracht und würde auch das Vertrauen und irgendwie die empathische Verbindung stärken in den Kanton. Nicht, dass das zwingend notwendig wäre, es macht das Zusammenarbeiten aber sicher leichter.

Ein anderes Beispiel, dass von der Stadtgärtnerei etwas rund um eine Bestattung gemahnt wird, bevor überhaupt je die Rechnung eingegangen wurde, dann schlussendlich die Frist zwar entsprechend gesetzt wird, die Mahnung aber trotzdem wieder gestellt wird, bevor die Frist abgelaufen ist. Das sind einfache Dinge, die machen es schwierig zu verstehen, wie da gearbeitet wird und man fühlt sich nicht ganz ernst genommen, weswegen ich hier jetzt einmal nachgefragt habe.

Dann kommen wir zum Thema Porto. Da wäre es schön gewesen, vielleicht eine kritische Selbsthinterfragung, wie viel der A-Post-Korrespondenz auch via B-Post hätte versendet werden können. Dazu ein Beispiel, dass die Rechnung für eine Parkkarte für ein vom Kanton vermietetes Parking am Tag nach der Abholung der Karte schon eintrifft, weil sie A-Post versendet wurde. Ja, ich denke, dass 50 Franken nicht liquiditätsrelevant sind für den Kanton und entsprechend auch B-Post ausreichend gewesen wäre. Ebenso bei den Einschreiben. Es gibt seit ein paar Jahren A-Post Plus, mit dem man auch tracken kann, wo ein Schreiben steckt, das ein bisschen weniger kostet als das Einschreiben. Auch da wäre es interessant gewesen, ob der Kanton das geprüft hat und wie viel man damit einsparen könnte.

Ich hoffe einfach sehr, dass eben dieses «Kleinvieh macht auch Mist» auch beim Kanton beachtet wird, auch wenn die dezentrale Organisation es natürlich schwieriger macht, Standards durchzusetzen und auch zu kontrollieren. Dennoch bin ich überzeugt, dass man auch bei den vermeintlich kleinen Positionen Sparpotenzial hat, was es uns nachher wieder erlaubt, bei den grösseren Positionen auch ab und zu grosszügig zu sein.

Von dem her, ich bin dankbar für die Antwort, aber mit dem Inhalt der Antworten nur teilweise zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## 59. Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen, Schreiben des RR

[18.03.26 17:38:31, 26.5047.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Leider muss ich feststellen, die Antworten vermögen nicht zu überzeugen. In mehreren zentralen Punkten bleiben sie ausweichend, relativierend oder schlicht unkonkret. Aus diesem Grund erkläre ich mich mit der Antwort des Regierungsrates bereits vorweg nicht zufrieden.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Einleitung, dass er den EU-Unterwerfungsvertrag ausdrücklich begrüsse. Das überrascht nicht, in Basel-Stadt scheint man bekanntlich zu glauben, dass alles, was aus Brüssel kommt, eine gute Idee sei. Meine Interpellation hatte jedoch nicht zum Ziel, eine europapolitische Grundsatzdebatte zu führen. Mir ist bewusst, dass es der Regierungsrat lieben würde, sich regelmässig auf Hochglanzbildern mit Vertretern der EU zu präsentieren und nach Brüssel pilgern zu dürfen. Ich habe aber konkrete Fragen gestellt, welche Risiken ergeben sich für unseren Kanton und für unsere Bevölkerung. Und gerade auf diese Fragen bleibt der Regierungsrat erstaunlich vage.

Zum Beispiel im Bereich der Fragen zur Sozialhilfe. Der Regierungsrat bestätigt, dass das neue Daueraufenthaltsrecht zu zusätzlichen Sozialhilfefällen führen kann. Gemäss den vom Bund zitierten Studien wird schweizweit mit tausenden zusätzlichen Sozialhilfebezügern pro Jahr gerechnet, mit erheblichen Mehrkosten für den Steuerzahler also. Und wir reden hier von gesamtschweizerischen Zahlen. Basel-Stadt gehört aber bekanntlich zu den Kantonen mit einer besonders hohen Sozialhilfequoten und gerade deshalb wäre es naheliegend gewesen, zumindest abzuschätzen, was diese Entwicklung für unseren Kanton bedeuten könnte, wie sich hier die Kosten in der Zukunft entsprechend steigern würden. Doch genau das will der Regierungsrat nicht tun. Stattdessen heisst es sinngemäss, man könne keine robusten Aussagen machen. Mit Verlaub, Herr Regierungspräsident, wenn man ein politisches Projekt wie diesen EU-Unterwerfungsvertrag so enthusiastisch unterstützt, sollte man zumindest bereit sein, sich auch mit seinen möglichen Kosten auseinanderzusetzen.

Ein zweiter Punkt betrifft den Föderalismus. Der Regierungsrat argumentiert, die föderale Ordnung werde durch das Vertragspaket nicht geschwächt. Wenn Rechtsakte künftig faktisch in Brüssel vorbereitet werden und die Schweiz verpflichtet ist, diese dynamisch zu übernehmen, dann stellt sich sehr wohl die Frage nach der demokratischen Mitsprache. Die direkte Demokratie und der Föderalismus sind kein Detail unserer Staatsordnung, sie sind das Fundament der Schweiz und genau dieses Fundament gerät ins Wanken, wenn immer mehr Recht ausserhalb unseres demokratischen Systems entsteht.

Ein dritter Punkt meiner Interpellation betrifft die beruflichen Qualifikationen. Der Regierungsrat versucht, hier zu beruhigen und argumentiert, der Qualitätsschutz werde sogar gestärkt, unter anderem durch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt-Informationssystem. Das mag auf den ersten Blick plausibel klingen, gleichzeitig bedeutet die Übernahme der entsprechenden EU-Richtlinien aber auch, dass Berufsreglementierungen künftig regelmässig auf ihre Vereinbarkeit mit europäischen Vorgaben überprüft werden müssen. Das kann sehr wohl zu einem Druck führen, bestehende Schutz- und Qualitätsstandards, eigentlich ein Kernanliegen der Linken, zu lockern.

Meine Damen und Herren, das ist genau das Grundproblem dieses EU-Unterwerfungsvertrages. Es geht um die dynamische Übernahme von EU-Recht, Recht, das in Brüssel entsteht, aber in der Schweiz gelten soll. Damit verschiebt sich die politische Entscheidungsgewalt schrittweise weg von den demokratischen Institutionen unseres Landes und von der Bevölkerung hin zu Brüsseler EU-Technokraten, die sich keinen Wahlen stellen müssen und in Hinterzimmern Deals beschliessen können. Man kann das beschönigend Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen nennen oder man nennt es, wie die SVP beim Namen, eine Unterwerfung an die EU-Rechtsordnung. Dabei ist die Schweiz erfolgreich geworden, weil sie souverän, föderal und direktdemokratisch organisiert ist. Diese Stärken sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Aus diesem Grund erkläre ich mich mit der Antwort des Regierungsrates nicht befriedigt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## 60. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer, Stellungnahme des RR

[18.03.26 17:43:19, 25.5255.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich möchte Ihnen wirklich nochmals ans Herz legen, diese Motion nicht zu überweisen. Nein, nicht nur ich, der gesamte Regierungsrat. Die Handänderungssteuer ist eine sinnvolle Steuer und sie trifft mehrheitlich juristische Personen, die Verkäufer. Das macht Sinn. Natürliche Personen sind privilegiert. Wenn sie familieninterne Übertragungen haben, sind diese steuerfrei, selbstgenutztes Wohneigentum wird nur mit 1,5% besteuert, und in der Regel ist es der Verkäufer, der steuerpflichtig ist.

Wir haben Ihnen die Zahlen geliefert. Sie sehen, das fand ich auch interessant, es sind nur 60% der Steuereinnahmen von juristischen Personen. Was wir festgestellt haben, ist, dass es anscheinend Verkäufer gibt, die den natürlichen Personen sagen, sie wollen die Steuer teilen. Das ist natürlich nicht die Idee, vielleicht müsste man sich fragen, ob man dort einhängt. Aber was Sie jetzt machen, die Steuer halbieren, wird das nicht ändern. Das wird vor allem die juristischen Personen entlasten und unseren Haushalt belasten mit etwa 25 Millionen und ich sehe nicht ein, was der Grund dahinter ist. Obwohl die Bodenpreise massiv angestiegen sind, ist die Handänderungssteuer, also der Ertrag daraus, nicht massiv angestiegen. Das ist ein Thema, welchem wir auch nachgehen. Es gibt anscheinend gewisse Steuerlücken bei uns, welche es in anderen Kantonen nicht gibt. Das betrifft aber auch juristische Personen.

Ich denke, wir haben viele Vorstösse von Ihnen, viele Themen, welche Steuerreduktionen betreffen, wo man darüber reden kann, und wir werden diese Vorstösse auch beantworten, aber diesen hier bitte ich Sie wirklich nochmals, nicht zu überweisen. Hier verlieren Sie 25 Millionen und ich weiss ehrlich gesagt nicht, welche Botschaft dahintersteht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als erster Fraktionssprecher für die FDP eingetragen hat sich Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates liest, dann sieht man zwei Dinge. Die Anzahl der Handänderungen ist relativ konstant, so in einer gewissen Schwankungsbreite, doch die Einnahmen auf der anderen Seite, die sind deutlich angestiegen. Was der Vergleich ebenfalls aufzeigt, der Kanton Basel-Stadt gehört bei der Handänderungssteuer zu den teuersten Kantonen. Es gibt mehrere Kantone, auch das können wir der Stellungnahme entnehmen, die keine Handänderungssteuer kennen. Zürich, Zug, Schwyz, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Uri und das Tessin, all diese Kantone kennen keine Handänderungssteuer und haben auch verstanden, wieso eine solche Steuer wenig sinnvoll ist.

Wir haben in diesem Fall keinen realisierten Mehrwert. Für das ist ja die Grundstückgewinnsteuer da, das ist nicht die Bemessungsgrundlage der Handänderungssteuer, und es gibt, das steht auch explizit drin, keinen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auch das ist hier nicht das Thema, obwohl das eigentlich so der verfassungsmässige Grundsatz ist, wenn es um Besteuerung geht. Ich habe es bereits bei der Erstüberweisung gesagt, der Kanton macht bei der Handänderungssteuer die Hand auf, einfach weil er es kann, weil man mit seiner Liegenschaft nicht aus dem Kanton flüchten kann.

Die Regierungsrätin hat soeben gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, es ist eine sinnvolle Steuer, weil es wenige Leute trifft. Das ist das Gegenteil einer sinnvollen Steuer. Eine sinnvolle Steuer hat eine breite Bemessungsbasis und tiefe Steuersätze. Die Handänderungssteuer betrifft relativ wenig Personen, seien sie natürlich oder juristisch, und hat jetzt, wie ich es eben gesagt habe, im schweizweiten Vergleich relativ hohe Steuersätze. Das Gegenteil einer sinnvollen Steuer. Sie hat, und diese Diskussion haben wir bei der Erstüberweisung eingehend geführt, nichts zu tun mit Spekulation. Die spielt hier überhaupt keine Rolle, sie wurde eingeführt, bevor die Grundstückgewinnsteuer eingeführt wurde. Das ist die Steuer, wo es um Spekulation geht, wo auch je weniger lang man die Liegenschaft behält, desto höher der Steuersatz ist. Das ist genau die Wirkung, die man dort erzielen will. Man will verhindern, dass es zu Spekulation kommt, man will dort einen Anreiz setzen, dass man eben die Liegenschaft länger behält. Dort geht es um Spekulation, hier klarerweise nicht.

Es ist eine sehr alte Steuer, wir konnten die Anzahl der Stellungnahme entnehmen, das ist ein alter Zopf, ein sehr alter Zopf. Man könnte so weit gehen und sagen, der gehörte eigentlich abgeschnitten. So weit gehen wir hier nicht. Der Motionär macht mit der Halbierung aus meiner Sicht einen sehr moderaten Vorschlag und den möchten wir unterstützen und bitten Sie deshalb, diese Motion als Motion zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als nächster Fraktionssprecher für die SP eingetragen hat sich Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Ich kann es kurz machen und auch für viele hier drin im Saal sprechen. Die pauschale Halbierung der Handänderungssteuer, wie hier vorgeschlagen, löst kein einziges Problem auf unserem Immobilienmarkt. Ich glaube, hier hat der Regierungsrat eine gute Antwort geliefert. Sie macht etwas, das ist richtig, nämlich dass sie Immobilienunternehmen weiter entlastet mit dieser Abgabe. Aber was sie sicher nicht tut, selbstnutzende und neue zukünftige private Eigentümer\*innen in unserer Stadt begünstigen.

Der Regierungsrat legt klar, dass Verkaufspreise eben nicht durch Steuern bestimmt werden auf dem Immobilienmarkt. Der Immobilienmarkt ist archetypisch ein Anbietermarkt. Und was passiert da? Die Preise werden durch die maximale Zahlungsbereitschaft der Akteur\*innen bestimmt. Das heisst, senken Sie die Handänderungssteuer, würde deshalb sicher nicht das zu günstigeren Immobilienpreisen führen. Vielmehr würde sich schlicht diese Verkaufsgewinne, die noch als Steuer abgeführt werden, sich hin zu den Verkäufer\*innen verschieben, weil sie genau die Verkaufspreise um diese Beiträge erhöhen. Und das ist der zentrale Punkt, diese Vorlage entlastet nicht die Käuferinnen und Käufer, sondern sie begünstigt jene, die bereits privilegierte Vermögenswerte haben und sie jetzt leistungslos monetarisieren. Und da, lieber Luca Urgese, ist genau ein Teil der Steuergerechtigkeit vorhanden. Es sind Gewinne, die über Vermögenswerte, über diese Verkaufspreise abgeführt werden. Das heisst, wir reden über eine Gruppe, die über Vermögen verfügt.

Auch fiskalpolitisch muss man hier sagen, für was werden dann diese 24 Millionen gebraucht, die wegfallen würden mit einer Halbierung. Ich meine, diese Einnahmen finanzieren öffentliche Leistungen, das ist Verkehr, Schule, Infrastruktur, etc. und genau auch von diesen Infrastrukturen, wer profitiert davon? Es sind eben genau auch die bestehenden Gebäudeeigentümer\*innen in unserer Stadt. Das heisst, wenn das fehlt, dann müssen das alle bezahlen und nicht mehr diejenigen bezahlen, die ja von diesen steigenden Bodenpreisen profitieren, auch von den Investitionen, von uns allen, von der öffentlichen Hand.

Hinzu kommt, das wurde auch schon schön ausgeführt, die Privilegierung von selbstgenutztem Wohneigentum haben wir heute schon. Das sind diese 1,5%, die für Menschen gelten, wenn sie länger als sechs Jahre in unserem Kanton wohnen möchten und dieses neu erworbene Eigentum auch benutzen. Es gibt sogar überhaupt keine Handänderungssteuer, wenn das innerhalb von Familien passiert. Und deshalb verstehe ich überhaupt nicht, weshalb das jetzt irgendetwas mit Wohneigentumsförderung für Private zu tun haben sollte. Was wir hier machen würden, wenn es zu dieser Halbierung kommt, dann privilegieren wir genau die 60%, die explizit ausgewiesen sind, nämlich Immobilienunternehmen.

Und jetzt, Tanja Soland hat es ausgeführt, mich hat es auch überrascht, weshalb gibt es dann überhaupt noch 40% Private, die diese Handänderungssteuer bezahlen? Ein Punkt kann da liegen, dass wir ein Vollzugsdefizit haben. Diese Gesetzesgrundlage, die wir kennen, dass die ausgenutzt wird, dass die 1,5% gar nicht bei den Käufer\*innen eingespart wird, sondern dass sie dann noch diese 1,5% der Käufer\*innen übernehmen. Ein Punkt.

Und ich glaube, was wir nicht vergessen dürfen, und ich habe ein bisschen in meiner Lieblingsstatistik gegraben, die unser Kanton jährlich herausgibt, das sind diese statistischen Grundlagen über diese Transaktionen, da findet man etwas Interessantes. Wer verkauft heutzutage viele Immobilien? Das sind Private. Wir haben dort den Shift. 2000 gab es noch bei Mehrfamilienhäusern, und das sind nicht Stockwerkeigentumswohnungen, das sind Mehrfamilienhäuser, Wohnungen mit mehr als einer Wohnung, 2000, Volkszählung, waren noch 53% der Immobilieneigentümer\*innen in unserem Kanton Private. Wenn man jetzt die neuen Zahlen vom Bundesamt für Statistik anschaut, dann sind wir genau noch bei 39%. Und genau da kommt es dazu, dass eben diese Immobilienunternehmen, die erwerben von diesen Privaten zu diesen hohen Preisen diese Wohnungen.

Ich würde hier zusammenfassend klar sagen, von dieser Halbierung profitieren wenige Immobilienunternehmen, bezahlen werden wir das am Schluss alle, gerade auch die Eigentümer\*innen. Und wenn wir wirklich etwas gegen steigende Wohnkosten oder auch für erschwingliches Wohneigentum machen möchten, dann müssen wir andere Stellschrauben drehen und sicherlich nicht diese Steuer halbieren, weil diese Steuer, die ist relevant und nochmals gesagt, sie wird ja genau auch für Infrastruktur ausgegeben. Am Schluss wird irgendjemand dafür zahlen und ich glaube, für das bietet die SP, und ich glaube auch, da spreche ich für viele der grünen Parteien und auch für die BastA, das ist für uns wirklich ein No-Go. Und sollte, und ich möchte das wirklich hier nochmals explizit machen, diese Handänderungssteuer wirklich halbiert werden, dann wäre das für uns ein Punkt, um mit einem Referendum diese Frage zu stellen. Machen wir es nicht jetzt, überweisen wir das nicht und suchen gemeinsam nach Lösungen, um selbstgenutztes Wohneigentum zu fördern. Aber so nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher-Steiger.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Besten Dank zunächst für die sehr sorgfältige Abklärung des Regierungsrates. Ich habe die sehr gut gefunden, sehr fundiert und die bildet eine gute Grundlage. Danke auch für das Votum von Ivo Balmer, das wie gewohnt eloquent gewesen ist. Grundsätzlich bin ich immer der Meinung, dass wir keine Angst vor der Bevölkerung haben müssen. Wenn also das Volk dann entscheiden sollte, dann wäre das mir recht, weil das Volk solche Fragen tatsächlich auch mitentscheiden soll. Wir vertreten hier das Volk, wir reden hier anstelle des Volkes, also dürfen wir auch mal einen ersten Versuch machen.

Ich glaube, es ist richtig, diese Halbierung vorzunehmen. Tanja Soland hat gefragt, was soll der Sinn sein, warum wollen wir denn das machen. Es wurde gezeigt, die Steuer ist eine alte Steuer, ich glaube, etwa 1880 eingeführt, aus einer Zeit, wo es halt die relevante Steuer, nämlich die Grundstückgewinnsteuer, noch nicht gegeben hat. Bei der Einführung der Grundstückgewinnsteuer hat man schlicht übersehen, dass diese Transaktionssteuer, weil die damals noch gar nicht so viel Ertrag gebracht hat, jetzt überflüssig geworden ist. Also die Notwendigkeit oder das Bedürfnis des Staates, hier an diesen Transaktionen irgendwie mitzuwirken für die Allgemeinheit, mitzuverdienen für die Allgemeinheit, empfinde ich als verständlich, dieses Bedürfnis ist aber weggefallen.

Dann hat man in den 90er-Jahren diese Steuer mal angeschaut, weil damals die Finanzlage des Kantons total schief war. Wir hatten 300, 400 Mio. Franken Defizite pro Jahr und alle Departemente haben alle solche Positionen angeschaut und man ist damals selbstverständlich zum Schluss gekommen, bei dieser Situation möchten wir eigentlich diese Steuer beibehalten. Wir können uns das nicht leisten. Damals war der Steuerertrag 24 Millionen. Steuern sollten eigentlich nur erhoben werden dort und dann, wenn das Volk klar Ja dazu gesagt hat. Ich kann davon ausgehen, dass zu diesen rund 24 Millionen im Jahre 1993, 1994 man durchaus Ja gesagt hat, aber nicht zu 60, 70, 80 Millionen, wie es jetzt ist. Niemand hat voraussehen können, was hier für eine gigantische Entwicklung stattfindet.

Das Abschöpfen der Gewinne findet über die Grundstückgewinnsteuer, nicht über die Handänderungssteuer statt. Und hier denke ich, liegt eben auch eine demokratische Komponente in diesem Vorstoss, das war für mich eines der Anliegen auch, dass eben der Staat Steuern dort erhebt, wo die Bevölkerung das auch wirklich mitgetragen hat und mitträgt. In diesem Umfang hat die Bevölkerung das nicht getragen. Wir haben das erkannt bei anderen Situationen, bei der kalten Progression, die schneiden wir unterdessen regelmässig weg, damit das nicht ins Unendliche steigt, nur weil man irgendwann einmal Prozentsätze geregelt hat. Hier haben wir es nicht gemacht. Hier gehen wir eigentlich nur zurück auf das, was wir demokratisch legitimiert tatsächlich erheben sollten und erheben dürfen. Deshalb habe ich auch nicht die Abschaffung beantragt, sondern die Halbierung, gerade auch aus demokratischen Überlegungen.

Inhaltlich ist es sowieso richtig, sich mit dieser Steuer etwas politisch auseinanderzusetzen. Es ist falsch, dass wir diese noch haben. Richtig ist, dass diese Kantone, die sie abgeschafft haben, eigentlich systematisch korrekt oder richtig gedacht haben, richtig gehandelt haben von der Systematik her, von der Steuersystematik her. Und dann sind wir erst noch der Kanton mit Neuenburg mit dem Abstand höchsten Betrag. Das macht für mich nun gar keinen Sinn mehr. Also wenn wir schon sehen, dass wir eine Entwicklung haben, die so nicht voraussehbar gewesen ist, und wir noch den höchsten Betrag haben, weshalb wir nicht auf einen Betrag gehen, der bei allen anderen Kantonen, die das noch kennen, in etwa der Massstab ist, nämlich die Hälfte von dem, was wir jetzt verlangen.

Also es ist nichts Revolutionäres, es gibt die Möglichkeit, dass die Menschen, die Häuser, Liegenschaften erwerben wollen, etwas günstiger dazu kommen. Ich bin anders als Sie wohl der Meinung, dass das hier eben relevant ist. Selbst wenn Sie mit den Banken sprechen über die Hypothek, da wird die Handänderungssteuer in der Regel nicht auf die Hypothek geschlagen. Da wird am Schluss der Käufer noch überrascht mit der Handänderungssteuer und die ist jetzt, wie habe ich gesehen, 48'000 Franken im Schnitt pro Transaktion. Vielleicht macht man halb/halb, das ist häufig, aber die Höhe pro Transaktion ist so ausgewiesen. Das macht viel aus in einem Budget, das sowieso in der Phase, wo man eine Liegenschaft kauft, eng und knapp ist.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist ein richtiger Schritt, ich bin überzeugt, es ist ein richtiger Schritt. Wir machen etwas Positives auch auf dem Liegenschaftsmarkt. Und vielleicht ein Satz, nicht alle juristischen Personen, die Liegenschaften haben, sind Immobilienspekulanten. Juristische Personen können auch aus anderen Gründen Liegenschaften haben, also da glaube ich nicht, dass man sagen kann, nur weil es juristische Personen sind, dürfen wir über Grundsätze des Steuerrechts eher hinwegsehen und tiefer in die Tasche greifen, als das eigentlich ursprünglich gedacht ist.

Ich bitte Sie deshalb, und ich darf das auch im Namen der SVP machen, der Zweitüberweisung dieser Motion im Namen der Mitte-EVP zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Einfach noch zwei Bemerkungen. Die Handänderungssteuer, sie wächst nicht in den Himmel. Wenn Sie die Tabelle genau anschauen, sehen Sie, dass es einen Ausschlag nach oben gab, welcher gewisse



grosse Transaktionen betraf, und jetzt geht es wieder nach unten, sie pendelt dann also wieder ein. Und es ist nicht nur Neuenburg, welcher einen hohen Steuersatz hat, sondern auch Genf und Genf hat die gleiche Situation wie wir, sehr wenig Boden. Die Handänderungssteuer sollte natürlich auch eine kleine Lenkungswirkung haben, sie ist nicht vollkommen unnütz.

Aber ich sage Ihnen jetzt einfach, um was es geht im Kern. Sie können jetzt heute entscheiden, Sie möchten hier bei der Handänderungssteuer 25 Millionen weniger einnehmen. Das können Sie finden, wenn das für Sie der wichtigste Bereich ist. Danach werden wir dann die Diskussion haben, wo wir das einsparen und/oder wir erhöhen die Steuern bzw. ich kann Ihnen sagen, wir sollten eigentlich den Krankenkassenprämienabzug wieder anpassen, das ist so vorgesehen, dass wir dort wieder mit einem Geschäft kommen, aber das lassen wir dann wohl lieber sein. Wenn es Ihnen das Wichtigste ist, die Handänderungssteuer aus systematischen Gründen anscheinend zu kürzen, dann machen Sie das. Ich würde Ihnen empfehlen, dass andere Geschäfte, wie zum Beispiel den Krankenkassenprämienabzug, welcher wirklich unsere gesamte Bevölkerung entlastet, welcher es auch notwendig hat, würde ich jetzt vorziehen und ich würde auch kein Sparpaket im Moment sehen. Es gibt wirklich hier keinen Druck für niemanden, diese Steuer zu reduzieren.

Daher bitte ich Sie im Namen des gesamten Regierungsrates, die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung. Luca Urgese und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung gemäss Antrag Regierungsrat.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008540, 18.03.26 18:06:48]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 47 Ja-Stimmen gegen 48 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Motion nicht überwiesen. Wir sind somit am Ende unserer heutigen Sitzung.

#### **Schluss der 7. Sitzung**

18:07 Uhr